DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 62 ab Samstag, 18. September 2021 bundesweit. Verkaufspreis 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 62. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

Euer System ist am Ende. Wir wollen Demokratie.

DANKT ENDLICH AB!



Collage: »Das allerletzte Merkel-Kabinett« von Sodenkamp/ Sandjaja, Material: gemeinfrei, pexels.

Am Samstag, 18. September 2021, versammeln sich in Berlin couragierte Demokratinnen und Demokraten jenseits des im Unrecht versinkenden Parteienstaats. Viele bleiben in ihrer Hauptstadt, um auch am 25. September, am Tag vor der Bundestagswahl, ihren Standpunkt gründlich klarzumachen.

Ihre Haltung lautet: »Auch wenn wir von unserem Staat und den großen Medien überall mit dem Tod bedroht werden sollen – wir treten für Menschenrecht und Grundgesetz ein, für Aufklärung und das, was das Minimum der Menschlichkeit gebietet! Wir werden nicht noch einmal mitansehen, wie unser Deutschland in Genozid und Zerstörung abgleitet.« Der Schutz des Lebens der Kinder, die Würde und die Freiheit jedes Menschen stehen ihnen an erster Stelle. Beginnen soll es am 18. September am frühen Morgen. Das Corona-Maßnahmensystem muss bereits heute als eines der barbarischsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte gelten. Die Zahl der Impftoten und Impfgeschädigten steigt von Tag zu Tag.

Viele Menschen sind ratlos und verzweifeln völlig an einem verbrecherischen Gegner, dem sie sich doch verbunden glaubten – ja, wie ein getretener Hund sogar noch immer verbunden fühlen möchten: den Staatenlenkern, den großen Wirtschaftsführern und den Sternchen der angeschlossenen Funkhäuser.

Die Ziele der deutschen Demokratiebewegung sind von Beginn an bekannt. Sie sind klar, rational, nachvollziehbar und durchführbar: 1. Das sofortige Ende aller Corona-Zwangsmaßnahmen auch in Deutschland, 2. die Wiedereinhaltung von Grundgesetz und Menschenrecht, 3. Neuwahlen, Abschaffung des Parteienprivilegs und imperatives Mandat, 4. Volksentscheide über alle grundlegenden Fragen, 5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.

➔ Den Titeltext weiterlesen, Seite 7

Verbrechen. Verfassungsbruch. Verrat. Das Totalversagen dieses Bundestags Seiten 12/13

NICHTOHNEUNS.DE

Der australische Freiheitskämpfer

Der Preis der Republik geht an Harrison M.C. aus Australien.

LAUDATIO | Von Sunny aus Kassel



Mit einem starken Team an seiner Seite gelingt es Harrison Zigtausende australische Demokraten auf die Straßen zu bringen. Der engagierte Organisator aus Australien unterstützt auch den internationalen Zusammenschluß »World Wide Demonstration«.

Australien leidet seit Monaten unter einem besonders menschenverachtenden Corona-Regime. Zum Glück aber gibt es auch dort wachsame Freigeister wie Harrison. Er schafft es nicht nur, seinen Mitmenschen in dieser schwierigen Situation mit seinem Kampfgeist Hoffnung zu schenken, sondern sie auch immer wieder zu ermutigen, den Widerstand nicht aufzugeben, bis der Hygieneterror beendet ist. Der gewalttätigen Politik und Polizei trotzen diese Demokraten ohne Unterlass.

Seit Beginn der Corona-Plandemie setzt sich Harrison unermüdlich dafür ein, den Menschen vor Ort die Augen zu öffnen und den Protest international zu vernetzen. Weltweit demonstrieren Demokraten auch an diesem Wochenende erneut für Frieden, Freiheit und Menschenrechte – dank freiheitsliebender Menschen wie Harrison M.C. Unser größter Respekt und herzlichster Dank geht somit an unseren australischen Mitstreiter!

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an den australischen Freihheitskämpfer. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, echter Polizist aus Siegen.



Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Sehr geehrte Leser,
seit dem 17. April 2020 erscheint diese Zeitung als Stimmorgan der liberalen Opposition in Deutschland. Unabhängig von Parteien, Regierungen und Konzernen, gebunden an Aufklärung, Rechtsstaatlichkeit und die Freiheit einer echten Wahl (S. 16).

Abonnieren Sie diese Zeitung (S. 15), Sie sind in guter Gesellschaft.

Hochachtungsvoll &

[Unterschriften]

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Ein gewisser Böhmermann

EINWURF *von Werner Köhne*

Gern hätte ich Mäuschen gespielt. Da werden in der Berliner Urania Virologen, unter anderen Herr Christian Drosten, mit einem Preis für ihre Forschungen geehrt – und die Laudatio hält der Satiriker und selbst ernannte Clown Jan Böhmermann.

Da kann einer am Rednerpult kaum unterdrücken, wie sehr er selbst sich geehrt fühlt, im erlauchten Kreis von Persönlichkeiten einzutauchen, die ihm bestätigen, er habe es endlich geschafft heimzukehren in das *Establishment*. Man ist quasi in den Staatsdienst getreten und dies nachdem man sich ein Jahr lang in der öffentlichen Kanalisation verkrochen hatte, schweigend, abwartend, lauernd. Herr Böhmermann hält also eine Rede, die irgendwie trieft vor Devotion gegenüber den Geehrten. Die aber noch mehr verrät, nämlich dass er sich mit den etwa 200 Stunden Aufklärung, wie sie der außerparlamentarische Corona-Ausschuss geliefert hat, mit weit mehr als 100 Fachkundigen aus den verschiedensten Disziplinen, nicht auseinandergesetzt hat.

Wie ich nun als Mäuschen in der Urania während der Rede so vor mich hin schnuppere, fällt mir Onkel Herbert aus meiner Kindheit ein. Herr Böhmermann erinnert mich in Aussehen und Duktus an Onkel Herbert, der damals gern politisch unter dem Gemälde vom röhrenden Hirsch im Wohnzimmer seine schwüle Weltsicht verkündete. Ist da nun etwa mit Herrn Böhmermann eine Wiederauferstehung der Spezies »Onkel Herbert« angezeigt? Der Redner in der Urania, ist es womöglich gar Onkel Herbert *himself*? Kurz ein teutonischer Widergänger? Aufweisbar auch bei Markus Lanz: »Warum haben Sie nur gegen die weltweit anerkannten Kapazitäten um Herrn Dr. Drosten, nur um Effekte zu erzielen, die fragwürdigen Herren Streeck und Kekulé zu sich eingeladen?« Böhmermann ist mit dieser Empörungsgeste endlich dort angekommen, wo die Kaste der Hofnarren schon längst ist – im Reich der Eitelkeiten und unter dem Rock der Kanzlerin.



Uli Gellermann, Dr. Tamara Ganjalyan (Hg.): Schwarzbuch Corona – erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses. Mitarbeit: Gabriele Krüper.

Erscheint bei Sodenkamp & Lenz, Berlin 2021. Bestellungen u. a. auf demokratischerwiderstand.de

Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Einladungen willkommen: *wernerpaulkoehne@gmail.com*

Pharmaskandale haben Tradition

Die von Politik und Medien aggressiv beworbenen Corona-Genspritzen fordern weltweit immer mehr Tote. | Von Markus Fiedler

Im Zusammenhang mit dem Schlafmittel Contergan, das übrigens als besonders verträglich und sicher galt, kamen laut dem Bundesverband der Contergangeschädigten 5.000 geschädigte Kinder in Deutschland mit verstümmelten Gliedmaßen auf die Welt. Etwa 40 Prozent seien sogar kurz nach der Geburt verstorben. Die Conterganstiftung des Bundes geht von weltweit 10.000 Geschädigten aus. Im Vergleich zu den Nebenwirkungen der Corona-Genimpfungen erscheinen die Zahlen aber geradezu lächerlich klein.

Dieser Pharmaskandal ist auch als Negativbeispiel für Lobbyismus und Vertuschungsversuche in die Geschichte eingegangen. Meine Vorhersage ist, dass der Covid-Spritzenskandal mühelos den Conterganskandal ablösen wird. Inzwischen warnt sogar die Ärztekammer Nordrhein vor der dritten Impfosis. Und das unter anderem wegen des Bekanntwerdens von schweren Komplikationen und zwei Reanimationen nach der Drittimpfung in einem Seniorenheim in Oberhausen.

Die aktuelle Datenlage zu den Gen-Impfungsnebenwirkungen spricht ebenfalls Bände. In der Datenbank der europäischen Arzneimittelagentur (EMA) werden Fallmeldungen zu Nebenwirkungen im Zusammenhang mit den Covid-Impfungen für den Großraum Europa gesammelt. Zum 14. September 2021 klagen 928.379 Patienten über Nebenwirkungen nach Impfungen. Europaweit wurden 269.712 schwerwiegende Nebenwirkungen und 14.486 Todesfälle vermeldet. Im Zusammenhang mit den vorangetriebenen Kinderimpfungen ist es wichtig zu wissen, dass 6.619 Kinder über Nebenwirkungen klagen und inzwischen 33 Todesfälle und 279 schwerwiegende Nebenwirkungen nach Impfungen registriert sind. Wohlgemerkt, diese Fälle treten in einer Altersgruppe auf, die bei einer Infektion so gut wie gar nicht an Corona erkranken beziehungsweise daran sterben können. Deutschlandweit sind nur etwa 20 Todesfälle von insgesamt circa 13 Millionen Kindern im Zusammenhang mit Corona bekannt. Alle betroffenen Kinder hatten weitere schwere Erkrankungen zusätzlich zur Corona-Infektion.

SCHWANGERE SIND BESONDERS GEFÄHRDET

Wie bei Contergan empfiehlt man ausdrücklich auch Schwangeren das neue pharmazeutische Erzeugnis. Dass 82 Prozent aller in den ersten 20 Schwangerschaftswochen geimpften Frauen einen für das ungeborene Kind tödlichen Schwangerschaftsabbruch erlitten haben, wird nicht kommuniziert. Weder in der entsprechenden Studie noch in Artikeln des Faktenfuchs vom *BR24*. Eine Vorabveröffentlichung einer Studie von *The Lancet*, einem weltweit renommierten Medizinjournal sorgt derweil für Aufsehen. Die Studie mit dem Titel »Transmission of Sars-Cov-2 Delta Variant Among Vaccinated Healthcare Workers, Vietnam« zeigt auf, dass geimpfte Personen im Gesundheitswesen bei Infektionen mit der Corona-Deltavariante eine 251-fach größere Belastung mit Sars-Cov-2 Viren haben als mit vorangegangenen Varianten. Eine derart erhöhte Virenlast wurde bei Ungeimpften bisher nicht beobachtet. In der Studie sind allerdings keine Vergleichsgruppen mit Ungeimpften vorhanden. Wichtig ist zu erwähnen, dass die Studie vom »Wellcome Trust of Great Britain« finanziert wurde.

IMPFKATASTROPHE IN ISRAEL

Derweil steigen die Covid-Infektionen in Israel nach der vierten Impfung sprunghaft an. Kobi Haviv, der medizinische Direktor des Herzog-Hospitals in Jerusalem erklärte dem israelischen Sender Channel 13, dass 85 bis 90 Prozent der hospitalisierten Covid-Fälle vollständig geimpft seien. Der israelische Gesundheitsminister Nitzan Horowitz erklärte in einem vor zufällig laufendem Mikrofon aufgezeichneten Gespräch, dass die Menschen, die sich nicht impfen ließen, das Problem seien. Er glaubt offenbar immer noch, dass sich Menschen trotz Impfung und nicht wegen der Impfung infizieren, obwohl die Zahlen eindeutig dagegen sprechen. Außerdem sagte er: »Es gibt keine medizinische oder epidemiologische Rechtfertigung für den Covid-Pass, er soll nur Druck auf die Ungeimpften ausüben, sich impfen zu lassen.« – Schöne neue Corona-Welt.



Konsequente Pflegerinnen. *Foto: privat*


Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik sowie Ressortleiter Naturwissenschaft.

MELDUNG

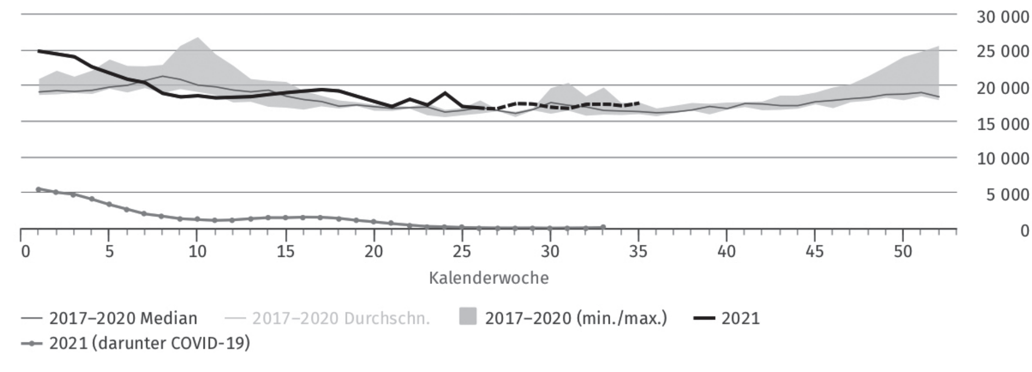
UNMÖGLICH WÄHREND EINER ECHTEN SEUCHE

Berlin/DW. Der am 14. September 2021 veröffentlichte Bericht der Krankenkasse AOK kommt zu dem Ergebnis, dass sich vom März 2020 bis Juli 2021 weniger Menschen krank gemeldet haben, als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Nach dieser umfassenden Auswertung von Patientendaten sind vor allem Krankmeldungen aufgrund von Lungenerkrankungen zurückgegangen. Patienten mit psychischen Erkrankungen seien länger krank gewesen. Die Sachverständigen der AOK vermuten, dass Beschäftigte aus Angst vor Ansteckung mit dem Corona-Virus notwendige Arztbesuche aufgeschoben oder ganz darauf verzichtet hätten. Bei der AOK sind rund 27,1 Millionen Menschen, ein Drittel der deutschen Bürger, krankenversichert. (hes)

ALLES MUSS GEIMPFT SEIN

Berlin/DW. Laut Bericht der Nachrichtenillustrierten *Spiegel* vom 10. September 2021 plant der Biontech-Konzern einen Impfstoff für Kinder ab fünf Jahren im Oktober dieses Jahres auf den Markt zu bringen. »Wir werden schon in den kommenden Wochen weltweit den Behörden die Ergebnisse aus unserer Studie zu den Fünfbis Elfjährigen vorlegen und eine Zulassung des Impfstoffes für diese Altersgruppe beantragen, auch hier in Europa«, sagte die Biontech-Milliardärin Özlem Türeci dem Blatt. Außerdem erwartet Türeci Studiendaten bis Ende des Jahres zu Impfungen für Kinder ab sechs Monaten. In einem Jahr, bis April 2021, mussten in ganz Deutschland laut Auskunft der Bundesregierung insgesamt 58 unter 20-Jährige auf der Intensivstation behandelt werden. Elf junge Menschen starben in dem Zeitraum mit oder an der Erkrankung. Laut Statistikamt umfasst diese Altersklasse hier rund 16 Millionen Menschen. (hes)

Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland
(gestrichelte Werte enthalten Schätzanteil)



Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt (Stand 13.09.2021), COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut (Stand 09.09.2021)

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden.
Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

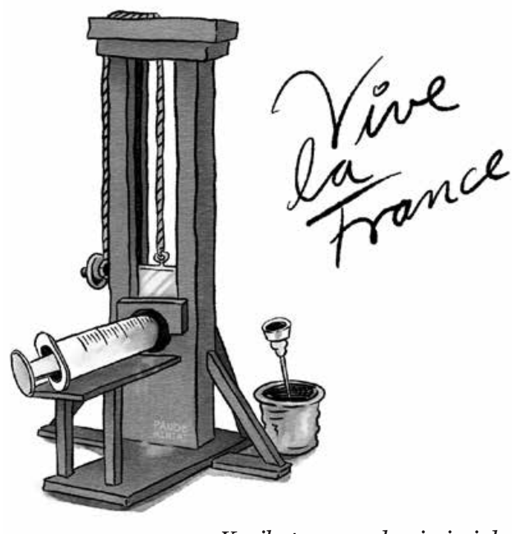
MELDUNG

KANN NICHT MEHR IGNORIERT WERDEN

Berlin/DW. Die gravierenden und verbreiteten Impfschäden können auch von Konzernmedien nicht mehr ignoriert werden. So meldete die Springer-Postille *B.Z.* am 26. August 2021 den Fall des Berliner Schuhmachers John O'Hara, der seit seiner Impfung vom Bauchnabel abwärts gelähmt ist. Die *Berliner Zeitung* berichtete am 12. September 2021 von der Opernsängerin Bettina Ranch, welche wegen einer Gesichtslähmung und wegen Bewegungsstörungen (Ataxie) in Folge der Corona-Impfung nun berufsunfähig ist und sich in Reha befindet. Unbeirrt empfahl die Ständige Impfkommission (Stiko) die Impfung von Schwangeren und Stillenden am 10. September 2021. (hes)

IN ALLER KÜRZE GEMELDET

+++ Ordnungsamtsmitarbeiter der Stadt Hagen brechen einem 17-jährigen Schüler die Nase, weil er keine Maske trug. +++ Die sogenannte Freie und Hansestadt Hamburg richtet die 35. Ausgabe des traditionsreichen Hanse-Rennens nur für Geimpfte Marathonläufer aus. +++ Schweizer Unternehmer verkünden, dass sie die Corona-Maßnahmen ihrer Regierung zukünftig ignorieren werden. +++ Der Gaststättenverband Dehoga lehnt die verordneten 2G-Regeln kategorisch ab. Er befürchtet eine Spaltung des Gastgewerbes und kritisiert, dass die Regel dem Grundgedanken der Gastfreundschaft und der Gastwirtschaft widerspricht. +++ Der US-Bundesstaat Arizona zieht gegen die Corona-Impfvorgaben des Präsidenten Joe Biden vor Gericht. Der Generalstaatsanwalt Arizonas erklärte sowohl die Impfpflicht für Bundesbedienstete als auch die Impf- oder Testpflicht von Beschäftigten großer Unternehemn für verfassungswidrig. +++ Der Ex-Bundespräsident Joachim Gauck bezeichnet Menschen, die Zweifel gegenüber der Impfung haben als »Bekloppte«. Der ehemalige Pfarrer fiel bereits in der Vergangenheit mit dem Spruch »Ein Krieg würde reinigend wirken« auf. +++ Nahezu kein Wahlkampfauftritt der Corona-Parteien findet ohne Beteiligung der Demokratiebewegung statt. Zuletzt hatte Annalena Baerbock das Vergnügen. +++



Karikatur: pandemimimi.de

SCHWARZE PÄDAGOGIK

Menschenrechte auf dem Rückzug: Bundesländer führen 2G-Regel ein.
Von Hendrik Sodenkamp

Es ist schon ein schweres Los, uns dumme Untermenschen, die wir die Weisheit der Konzernregierung und die Gnade der Spritze nicht verstehen können, mit unmerklicher oder auch harter Hand zu führen. Die »White Man's Burden«, also die vorgeschobene Bürde des weißen Mannes schwarze, asiatische, indianische Menschen beherrschen und leiten zu müssen, hat sich in die Bürde der Geimpften gewandelt, uns unzivilisiertes Pack in ihr erlösendes System zu überführen. Es war wohl noch nie so schwer, ein braver, redlicher Staatsbürger zu sein.

Die neuste Form der Erwachsenenpädagogik: Mehre Bundesländer haben nun die Einführung eines sogenannten 2G-Modells beschlossen, darunter Hamburg, Berlin, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz. In Planung sind derartige Regelungen in Brandenburg und Hessen. Die Vorgaben sind zwischen den Bundesländern unterschiedlich, beinhalten jedoch meist, dass Veranstalter, die Gastwirte und Einrichtungen entscheiden können, nur noch »Geimpfte« und solchen Menschen Zutritt zu gewähren, die eine Genesung nachweisen können. Im Gegenzug fallen dann alle anderen Auflagen, wie Abstände oder Maskenpflicht weg. Der regionale Regierungssender *RBB* schwärmt von »fast himmlischen Freiheiten«, die die Regierung den Menschen gönnen würde.

Ziel ist es, den Druck auf Menschen zu erhöhen, die sich aus guten Gründen nicht impfen lassen wollen, denn medizinisch macht die Regelung keinen Sinn. So mehren sich Meldungen von 2G-Corona-Partys, die zu einer »Infektion« führten. Bliebe man in der Logik des Systems, dann wäre ausschließlich die Testung ein Garant dafür, dass sich der Virus nicht verbreiten kann.

SINNLOSE BRUTALE MASSNAHMEN

Auch die vielbeschworene und wohl verfälschte Quote von 90 Prozent, welche die Ungeimpften auf der Intensivstation ausmachen sollen, kann kein Argument sein. Denn über ein Jahr machten ältere und vorerkrankte Mitbürger 90 Prozent der Corona-Intensivbettenauslastung aus, dennoch wurden diese nicht unter Einsatz von ausreichenden Mitteln geschützt, sondern vielmehr von der Regierung drangsaliert. Das politische Kriterium »Geimpft« als Grundlage für die Einhaltung von Menschenrechten ist genauso willkürlich und verbrecherisch, wie die Einteilung der Menschen nach Alter, Hautfarbe, Religion oder Geschlecht. Nachdem die Bürger mit 3G durch Salamitaktik an eine Ausweispflicht gewöhnt wurden, soll nun mit dem Wegfall der erniedrigenden Masken und der beschränkenden Abstandsgebote ein ökonomischer Anreiz geschaffen werden. Der Markt soll es regeln: Mehr zahlende Gäste im durch Schließungen abgewirtschafteten und erpressten Haus, welches nun das Paradies der Glückseligen darstellen soll. Dafür muss sich der Kellner oder die Bühnentechnikerin dann spritzen lassen, oder man fliegt. Reinblütige unter sich.

Von den Gewerkschaften und den Konsumentenverbänden ist wieder mal nichts nennenswertes zu hören. Ebenso wenig von den Initiativen Unteilbar oder LeaveNoOneBehind, zu Deutsch: Niemand wird zurückgelassen. Die haben zuviel damit zu tun, uns Demkratiedeppen zu erziehen und wollen uns nicht, mit ihrem Einsatz ermutigen.

Endlich Pimmelgate!

Weekly Wahnsinn – der satirische Wochenrückblick. | Von Nadine Strotmann

Wie lange sehnten wir uns nach leichter Unterhaltung, nach Promi-Peinlichkeiten, Nippelgates und Co. Und vergangene Woche war es dann endlich soweit. Der Innensenator von Hamburg Andy Grote machte den Anfang und bot uns ein großes, buntes Politspektakel. Aufgrund eines ihm gewidmeten Twitter-Kommentars »So 1 Pimmel« zeigte der Senator den Absender wegen Beleidigung an – und es erfolgte prompt aufgrund der Ermittlungen gegen den mutmaßlichen Täter eine Hausdurchsuchung. Ja, Sie lesen richtig. Was uns bis heute brennend interessiert: Was sie wohl suchten und fanden?

Nach heftigen Reaktionen in den sozialen Netzwerken über mangelnde Verhältnismäßigkeit dieser polizeilichen Maßnahme bezog auch der Hamburger Senat dazu Stellung. Natürlich und wie zu erwarten ohne Einsicht einer möglichen Überreaktion. Ganz im Gegenteil. Die Mehrheit der Senatsmitglieder forderte alle Bürger auf, sich ebenfalls gegen Hass-Sprech im Netz zu wehren. Wir schließen uns an – und warten auf den ersten Bericht, ob es auch für Lieschen Müller Hausdurchsuchungen geben wird?

Und wenn wir schon tief unten beim *Promi-Talk* gelandet sind, darf natürlich der größte *Talker* des Landes nicht zu kurz kommen: Thomas Gottschalk. Ja, er lebt noch – übrigens blonder denn je – wie wir letztens leidvoll in einem neuen TV-Format der größten Tageszeitung Deutschlands verfolgen durften. Wie furchtbar offensichtlich mangelnde mediale Aufmerksamkeit sein kann, wie tief ein Stern sinken kann, zeigt uns Tommi dieser Tage. Statt seinen Ruhestand irgendwo in den USA in Freiheit und Freude zu genießen, drängt sich der ewige Blondling in die Öffentlichkeit, um uns neuerdings auch moralisch zu belehren. An seine mittelklassigen Witze gewöhnten wir uns über die Jahrzehnte, aber dass er sich jetzt zum Moralapostel aufschwingt, ist definitiv zu viel des Guten.

Der einstige Gummibärchen-König forderte doch allen Ernstes noch härtere Konsequenzen für Impfgegner. Was stimmt mit Ihnen nicht, Herr Gottschalk? Bevor Sie sich über andere erheben, studieren Sie das Grundgesetz, die Nebenwirkungen der neuartigen Impfstoffe beim Paul Ehrlich Institut und sprechen Sie mal mit Til Schweiger. Der hat nämlich jüngst Rückgrat gezeigt – und sich kritisch im Dokumentarfilm »Die andere Freiheit« zur Kinderimpfung geäußert. Vielleicht ja auch, weil eine seiner Töchter bereits einen ernsthaften Impfschaden davontragen musste.

Wem jetzt schon das Lachen im Hals stecken geblieben ist, der sollte die Lektüre an dieser Stelle besser beenden. Der Berliner Senat erließ allen Ernstes – trotz vorhergegangener Versprechen es nicht zu tun – die sogenannte 2-G-Regel. Das bedeutet, dass in Berliner Innenräumen nur noch Geimpfte oder Genesene (sechs Monate gültig – dann kommt das willkürliche Verfallsdatum) Zutritt erlangen. Die Berliner Verordnung ist allerdings besonders perfide: Sie schließt sogar Kinder aus. Dass die 2-G-Regel per se schon hochgradig faschistoid ist, brauchen wir an dieser Stelle nicht nochmals explizit zu erwähnen. Doch dass sich die politischen Demagogen jetzt schamlos gegen die Kleinsten richten, sollte uns alle auf die Barrikaden bringen. Wie sagte schon Friedrich Schleiermacher: »Man darf um keinen Preis die Gegenwart der Kinder irgendeiner Zukunft opfern.«

Perfides Druckmittel

Für Ungeimpfte soll es während der Zwangsquarantäne keine Lohnfortzahlung mehr geben. | Von Hermann Ploppa

Stellen Sie sich vor, Sie haben in Ihrer Familie jemanden, der an Corona erkrankt. Oder Ihr Verwandter ist zwar gesund, aber man hat dummerweise Schnipsel eines Virus bei ihm gefunden, die irgendwie mit Covid-19 zu tun haben könnten. Nun sind auch Sie gezwungen, zuhause zu bleiben in Quarantäne. Wenn Sie Ihre Arbeit nicht von zuhause in Heimarbeit (Homeoffice) ausführen können, und Sie sind nicht gegen Corona geimpft, haben Sie in Zukunft ein massives Problem.

Bisher hat Ihr Arbeitgeber den Lohn trotzdem weiter überwiesen, obwohl Sie nicht arbeiten durften. Das Infektionsschutzgesetz sieht vor, dass der Arbeitgeber das Geld von der jeweiligen Landesregierung zurückerstattet bekommt, also letztlich ja auch aus unseren Steuern. Das ist jetzt anders. Die Bundesländer wollen nicht mehr zahlen. Sie bekommen dann einfach für die Zeit Ihrer Quarantäne kein Gehalt mehr.

»Na, dann lassen Sie sich doch impfen«, sagen die Landesregierungen ganz frech. Baden-Württemberg zahlt nicht mehr seit dem 15. September. Rheinland-Pfalz zieht im Oktober nach. Bayern und Nordrhein-Westfalen wollen dem unrühmlichen Beispiel folgen. Ausgenommen vom rabiaten Leistungsentzug sind an Corona Erkrankte, Genesene sowie Personen, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden dürfen. Weiterhin Personen, die schon geimpft sind, aber »Impfdurchbrüche« hatten. Wo also, auf Deutsch gesagt, der Impfstoff nicht wirkt oder die Erkrankung sogar noch verschlimmert.



Nicht erpressbar, nicht zu brechen: Szene vom 1. August 2021 in Berlin *Foto: Hannes Henkelmann*

KEIN GELD FÜR GESUNDE IM QUARANTÄNEKNAST

Bundesgesundheitsminister Spahn lässt verlauten, es sei der Solidargemeinschaft nicht zuzumuten, dass sich Einzelpersonen das Recht herausnehmen, den Impfungen fern zu bleiben. Nordrhein-Westfalens Gesundheitsminister Laumann befindet, es sei an der Zeit, dass es »für Nichtgeimpfte ungemütlich wird.« Der grüne Landtagsabgeordnete Mehrdad Mostofizadeh stimmt zu: Wenn Leute ungesund essen oder exzessiv Tabak rauchen, ist das deren Freiheit. Aber wenn sich jemand nicht impfen lässt, ist das verwerflich, denn »andere werden in Mitleidenschaft gezogen«. Schon mal von Lungenkrebs durch Passivrauchen gehört, Herr Mostofizadeh? Bis dato haben die Bundesländer den Arbeitgebern 600 Millionen Euro für Lohnfortzahlung an in Quarantäne gezwungene Mitarbeiter ausgezahlt.

Wie wäre es, einmal die Kosten aufzuzählen, die der Solidargemeinschaft durch die massenhaft auftretenden Impfschäden entstehen? Nicht alle impfgeschädigten Arbeitnehmer sind so prominent wie die Opernsängerin Bettina Ranch, der wir von dieser Stelle aus die besten Genesungswünsche zukommen lassen. Die Hunderttausende Impfgeschädigten, die das amtliche Paul-Ehrlich-Institut bereits registriert hat, sind entweder dauerhaft erwerbsunfähig geworden oder ihre Rehabilitation wird sich über Monate hinziehen. Für einige Monate gibt es für diese Impfgeschädigten über das Entgeltfortzahlungsgesetz weiterhin Lohn. Der Arbeitgeber holt sich das Geld in diesem Falle von den Gesetzlichen Krankenkassen zurück – die wegen des Corona-Irrsinns sowieso schon in die politisch gewollte Insolvenz getrieben werden.

SO SIEHT IHRE »SOLIDARITÄT« AUS

Um es einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: Der Entzug der Lohnfortzahlung für Ungeimpfte ist ein Angriff auf das Grundgesetz. Gesunde Menschen einem hochriskanten Impf-Roulette auszusetzen, ist zutiefst unanständig und kriminell. Eine besonders perfide Nötigung: Die abhängig Beschäftigten müssen laufende Kosten bedienen, haben vielleicht Kredite aufgenommen, um sich ein Haus zu bauen oder müssen das neue Auto abzahlen. Schnell geraten Mitbürger somit in Zahlungsverzug, und dann sind Pfändung oder Zwangsversteigerung die Folge. Also werden jetzt noch viele Impfunwillige einknikken und ihre Gesundheit durch die Killervakzine ruinieren.

CHRONIK LOHNFORTZAHLUNG IM KRANKHEITSFALL

Jahr	Ereignis
1900	Mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) wird eine Lohnfortzahlung für alle proklamiert, jedoch noch nicht umgesetzt.
1930	Durch Verordnung des Reichspräsidenten Hindenburg wird das Gesetz ergänzt durch: »Der Anspruch eines Angestellten für den Krankheitsfall kann nicht durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden. Hierbei gilt (...) ein Zeitraum von sechs Wochen, wenn nicht durch Tarifvertrag eine andere Dauer bestimmt ist.« Hintergrund: Die Kosten sollen in der Wirtschaftskrise von den Krankenkassen auf die Betriebe umgelegt werden. Folge: Besserstellung von Angestellten gegenüber Arbeitern.
1956/57	Die IG Metall streikt 114 Tage lang für die Einführung der Lohnfortzahlung auch für Arbeiter. Es werden Tausende Lebensmittelpakete geschickt, damit die Streikenden und ihre Familien nicht verhungern. Der Streik gilt für viele als der härteste der Nachkriegsgeschichte.
1970	Die rechtliche Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten bei der Lohnfortzahlung.
1991	Wolfgang Schäuble (CDU) will den ersten Krankheitstag nicht bezahlen lassen.
1996	Regierung aus CDU/CSU und FDP senkt per Gesetz Lohnfortzahlung von 100 auf 80 Prozent. Streiks in ganz Deutschland.
1998	Kabinett Schröder I nimmt die Senkung zurück.
2020	Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) brüstet sich auf seiner Internetseite mit 50 Jahre gleiche Lohnfortzahlung bei Krankheit. Immer noch sind es die sechs Wochen, die der preußische Junker Hindenburg verordnete.

REGIERUNG KRETSCHMANN MACHT, WAS SIE WILL

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg ordnete in § 10 Abs. 4 der »Corona-Verordnung Schule« ein Zutritts- und Teilnahmeverbot für Schüler an, die keine Maske tragen (können), ohne den Schülern alternative Zugänge zu Bildung zu eröffnen.

Nachdem der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Norm geäußert hatte, hob das Kultusministerium die Bestimmung auf. Gleichwohl bleibt es nach Ansicht der Regierung bei einem faktischen Test- und Maskenzwang. Die Regierung erklärt, dass die Aufhebung der Bestimmung an der Rechtslage nichts ändere, da die Bestimmung ohnehin nur deklaratorischen Charakter gehabt und lediglich die Rechtslage erläutert habe. Schüler, die einem Zutritts- oder Teilnahmeverbot am Unterricht unterliegen, weil sie keine Maske tragen oder »Testpflicht« nicht erfüllen, würden die Schulpflicht verletzen. Ein Anspruch auf Fernunterricht bestehe nicht.

Im Rahmen eines Eilverfahrens versäumten es die Rechtsanwälte des Landes nicht darauf hinzuweisen, dass mit der Aufhebung keine inhaltlichen Änderungen verbunden seien. Schüler, die der Schulpflicht unterliegen, seien verpflichtet am Präsenzunterricht teilzunehmen und verbindliche Veranstaltungen der Schule regelmäßig und ordnungsgemäß zu besuchen. Schüler, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen, hätten mit Konsequenzen zu rechnen.

Das beklagte Land rühmt sich in einem »verlorenen« Verfahren also seiner Berechtigung, willkürliche Maßnahmen mit Zwang durchsetzen zu können. Das Land Baden-Württemberg versäumt es nicht offenzulegen, dass für gesunde Schüler kein Platz in der Schule sein soll, außer diese »beweisen« gesund zu sein.

Die bestellten Rechtsanwälte des Bundeslandes meinen: Schüler, die keine medizinische Maske tragen oder die weder einen Testnachweis noch einen Impf- oder Genesenen-Nachweis vorlegen, könnten von ihrer Schule keine Beschulung in Form von Fernunterricht beanspruchen. Von diesem Grundsatz gelte eine Ausnahme ausschließlich für Schüler, die mittels Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung glaubhaft machen können, dass im Falle einer Covid-19-Erkrankung mit einem besonders schweren Krankheitsverlauf für den Schüler oder eine mit ihm in häuslicher Gemeinschaft lebenden Person zu rechnen ist.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen auf nichtohneuns.de oder demokratischer-kalender.de!

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

Zeit es zu beenden!

Der erste neue Großprotest, der seinen Ursprung nicht in der bekannten Demokratiebewegung hat, findet am 18. September in Berlin statt.

Von Sunny aus Kassel

An diesem Wochenende des 18. und 19. Septembers versammeln sich freiheitsliebende Menschen weltweit in Hunderten Städten, um der totalitären Corona-Politik ein Ende zu setzen und die Grundrechte wiederherzustellen. Der Fokus der Deutschen wird sich wieder auf ihre Hauptstadt richten.

Die Liste des Totalversagens der Regierung ist lang: der Ausverkauf Deutschlands an Privatinvestoren, Kindeswohlgefährdung durch Gen-Impfung und Maskenpflicht, Versagen bei der Hochwasserkatastrophe und so weiter. Erstmals seit Ausrufung der sogenannten Corona-Pandemie organisiert sich nun ein Protest außerhalb der uns bekannten Friedens- und Grundrechtebewegung. Die Initiatoren, unter anderem die deutschen Landwirte, rufen das Volk dazu auf, endlich zusammenzustehen, um den Notstand gemeinsam zu beenden. – Zusammen mit den Landwirten und ihren Traktoren wollen die Demokraten überall in der Stadt spontane Demonstrationszüge bilden und sich nicht von Verboten aufhalten lassen. Die Proteste sollen ab 11 Uhr beginnen.

Genaue Informationen sollen ab dem frühen Morgen in der Telegram-*App* geteilt werden: t.me/Zeit_es_zu_beenden_zeigt_mut

RICHTIGSTELLUNG:

In der 59. Ausgabe des DW vom 21. August 2021 wurde zu dem Text »Die Demütigung des Wertewestens« von Rainer Rupp ein Autorenfoto abgedruckt, das nicht den Verfasser zeigte. Wir entschuldigen uns für die Verwechselung. (red.)

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Senden Sie uns die Termine ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum / Zeit	Ort	Titel
18.09.2021 13-16 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Br. (Nähe Cafe Capri) - Sophienstr. 1B	Kundg. - Immunität f. Demokratie, Freiheit & soziale Sicherheit
18.09.2021 10-23:59 Uhr	Berlin, Ort siehe Online	World Wide Demonstration
18.09.2021 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug u. Kundgebung - Gemeinsam friedlich f. Wahrheit u. Freiheit!
18.09.2021 14-20 Uhr	Düsseldorf, Festwiese - Kaiser-Wilhelm-Ring 49	Kundgebung mit Aufzug - Impf-Apartheid nicht mit uns
18.09.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden & Naturrechte
18.09.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo f. Frieden u. Freiheit durch Eigenverantwortung u. Selbstbest.
18.09.2021 16-18:30 Uhr	Hamburg, Platz d. Deutschen Einheit, direkt vor d. Elbphilharmonie	Podiumsdis. m. Ärzten, Pädagogen, Eltern - Wie soll es weitergehen?
18.09.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Parkplatz an der Hochschule Hannover - Ritter-Brüning-Str.	Autokorso für Grundrechte
18.09.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
18.09.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese (aktuelle Infos auf Telegram)	Autokorso
18.09.2021 14:30-17 Uhr	München, Maxmonument - Maximilianstraße	Oktoberfest - Umzug
18.09.2021 17-19:30 Uhr (jeden Sa)	München, Münchner Freiheit	UlliOma & Friends
18.09.2021 17-23:59 Uhr	München, Theresienwiese	Oktoberfest
18.09.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Parkplatz Am Sportplatz / Bernauer Str	Schilderaktion Freiheitsallee
19.09.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Cottbus, Stadthallenvorplatz (Berliner Platz 6)	Fahrradkorso für Grundrechte (bei Regen Autokorso TP: Viehmarkt)
19.09.2021 14-19 Uhr	Essen, Willy Brand-Platz	Kundgebung mit Aufzug
19.09.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Kundgebung für unsere Freiheit und unsere Grundrechte
20.09.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
20.09.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz - 52.51015 N, 13.29145 E	Abendläuten
20.09.2021 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Bottrop, Kirchplatz 1	Spaziergang - Gemeinsam in Liebe gegen Spaltung
20.09.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
20.09.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus - Fischmarkt 1	Spaziergang für Grundrechte
20.09.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Marktstätte	Montagsspaziergang
20.09.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßstr./Schloßplatz/Gerichtsstr.	Demokratieflashmob
20.09.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	München, Marienplatz	Magic Monday MediTANZion
20.09.2021 17-18 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Schilderaktion für Grundrechte
20.09.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte & Beendigung des Lockdowns
20.09.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, Vor d. Rathaus - Bernauer Str. / Geigelsteinstr.	Montagsspaziergang zur gegenseitigen Vernetzung
20.09.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rotenburg (Wümme), Heimathaus - Burgstraße	Spaziergang - Das System muss weg
20.09.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
21.09.2021 16:45-18:30 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz (weiter auf Mittelstreifen Schlossstr.)	Schilderaktion
21.09.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
22.09.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Hagen, Eilper Denkmal - Eilper Str. 41	Bürgertreff und Spaziergang
22.09.2021 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
22.09.2021 17:30-20 Uhr (jeden Mi)	München, Ort siehe Online	Mittwochsumzug
22.09.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
23.09.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
23.09.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
23.09.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do)	Hanau, Großauheim - Pilgerstr. / Ecke Leinpfad	Mahnwache für Grundrechte
23.09.2021 17:30-21 Uhr	Karlsruhe, Marktplatz	Aufklärung bewahren statt Massenpsychose
23.09.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
24.09.2021 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Freiheitspicknick
24.09.2021 15-16 Uhr (jeden Fr)	Erfurt, Zw. MDR und Bundesgartenschau	Schilderprotest - Hände weg von unseren Kindern
24.09.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Rindermarkt	Open Mic - Demokratie leben
25.09.2021 12-22 Uhr	Berlin, Straße des 17. Juni	Demotour - Wir sind viele
25.09.2021 13-16 Uhr	Hamburg, Reeperbahn	Autokorso für Grundrechte
25.09.2021 11-13 Uhr	Henstedt-Ulzburg, Am Bahnbogen / Höhe KFC	Anti-Corona-Schilderkette
25.09.2021 17-19:30 Uhr (jeden Sa)	München, Harras am Brunnen	UlliOma & Friends
29.09.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
01.10.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Ort siehe Online	Open Mic - Demokratie leben
03.10.2021 14-15:30 Uhr (jed. 1. So i. M.)	München, Professor-Huber-Platz (gegenüber Uni)	Mahnwache für Julian Assange
09.10.2021 12-23:59 Uhr	Dresden, Hochschule f. Technik & Wirtschaft - Friedrich-List-Platz 1	Studentendemo f. Präsenzlehre, Freiheit & Aufhebung d. Maßnahmen
09.10.2021 14-18 Uhr	Nürnberg, Wöhrder Wiese (oder siehe Online)	Aufzug - Nürnberger Kodex: Die Menschenwürde bleibt unantastbar!
10.10.2021 10-23:59 Uhr	München, Ort siehe Online	Großdemonstration
01.11.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!

DEN BAYERISCHEN LANDTAG ABBERUFEN

14. - 27. OKTOBER 2021

In allen Gemeinden können die Bürger im genannten Zeitraum in ihrem zuständigen Rathaus ihre Unterschrift leisten: Den Landtag und damit *Fake*-Ministerpräsident Söder absetzen. Die Bayern haben erstmals die Chance, gemeinsam der bayerischen Politik die Grenzen aufzuzeigen. (cst)



Mutige Basisdemokratin am 1. August 2021 auf der Demonstration der Verfassungsbewegung in Berlin. *Foto: Hannes Henkelmann*

Fortsetzung von Seite 1 | **DANKT ENDLICH AB** von Anselm Lenz

Die Hoffnungen, die hiesig nicht Wenige anfangs mit dem Corona-Regime verbunden hatten, haben sich völlig zerschlagen. Sozial ausgleichende Positionen wie die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsverteilung für alle werden im *Fake*-Wahlkampf nicht einmal mehr von den Politikern der Bündnisgrünen und der Partei Die Linke vertreten.

Die Vergemeinschaftung von Technik-, Pharma- und Wohnkonzernen zum Wohle der Allgemeinheit scheint ebenfalls nicht das Einverständnis der Machtzentrale im Nato-, EU- und Washingtoner Strukturen zu haben. Dem möglichen Volksentscheid in Berlin zur Linderung der Wohnungsnot nach dem Vorbild der Stadt Wien mit seinen Hunderttausenden hervorragenden Gemeindebauten hat der »rot-rot-grüne« Berliner Senat bereits im Vorwege eine Absage erteilt. Wer seine eigenen Interesse vertritt, um sie durchzusetzen, wird als »Nazi« beschimpft oder Schlimmeres – das trifft Arbeiterklasse wie Mittelschicht gleichermaßen. SPD und Linkspartei hatten in Berlin allein im Jahr 2004 rund 64.000 Wohnungen zum Durchschnittspreis von etwa 6.150 Euro verscherbelt.

WISSENSCHAFT BEGINNT MIT ZWEIFEL, FREIHEIT MIT EINEM KLAREN NEIN

Der Umweltschutz ist leitmedial weiterhin nur ein Thema für teils absurde Protestformen, über die aber leitmedial sehr gern berichtet wird. Wenns um »Mein Freund, der Baum« geht, ist man beispielsweise als *ARD*-Kammerzofe immer dabei. Sexuelle Minderheiten sehen sich systematisch für familienfeindliche Propaganda instrumentalisiert. Mit Sexthemen lässt sich immer ablenken, und wer will heute schon noch Kinder in die Welt setzen? So der unterschwellige Tenor.

Die öffentliche Diskussion über Medizinethik und die Nutzbarmachung der Profitmaximierung zur Digitalisierung für Arbeitszeitverkürzung wurde drei Jahrzehnte lang versäumt. Seit Jahrzehnten blicken erhebliche Teile der jüngeren Generationen nur noch Unsicherheit, Einsparungen, Privatisierung, Ausverkauf an Großkonzerne und Niedergang in allen Formen entgegen. Wissenschaft beginnt mit Zweifel, Freiheit mit einem klaren Nein!

Einzig Gegner von Migrationsströmen hatten bis zum Ende des Besatzungsregimes in Afghanistan und der damit laut Medienkonzernen verbundenen Fluchtbewegung nach Europa einen Pluspunkt zu verzeichnen. Wo vorher gut ernährte Pop-Sänger wie Herbert Grönemeyer ihre moralischen Leuchtfeuer entfachten, sind die ernsthaft Verzweifelten, die Hoffenden und die Abenteuerlustigen seit anderthalb Corona-Jahren nun offenbar keinen Pfifferling mehr wert. Die AfD wird es freuen: Die jämmerlichen Kandidaten der Regenbogen-Parteien sind allesamt entweder durch frühere Regierungsbeteiligungen verbrannt oder sie alle tragen die Corona-Lüge mit. Als einzige Partei macht die Partei Die Basis eine durchweg aufrichtige Figur, sprach zuletzt sogar an, dass an der Nato-Erzählung zu den Anschlägen vom 11. September 2001 wissenschaftlich begründete Zweifel bestehen, die schlichtweg nicht wegzensiert werden dürfen. Inwiefern sie in er Lage wäre, ein sozial ausgewogenes Wirtschaftsprogramm zu bewerkstelligen, ist derzeit offen. Die Partei scheint einen Schlag ins Marktradikale zu haben. Aber sogar der fällt wahrscheinlich noch milder aus als alles, was insbesondere rot und grün lackierte Parteien in den vergangenen 30 Jahren kaputt gekriegt haben.

VOR DEM UMSTURZ?

Im Grunde kann es in jeder Hinsicht nur besser werden. Wie Deutschland scheint Frankreich vor dem lang erwarteten Umbruch zu stehen, der strikten revolutionären Erneuerung von unten zur Sechsten Republik. Das hat in Frankreich Tradition – und zeigt, dass es möglich ist. Armeeangehörige, Teile der Polizei und der Feuerwehr schließen sich dort mittlerweile dem Widerstand des Volkes an, das jedes Wochenende in die Hauptstadt strömt und zugleich in allen Städten und Gemeinden aktiv ist. Belegschaften der Krankenhäuser treten – wie übrigens auch in Berlin – in Streik gegen Hygienepass, Bruch mit dem Nürnberger Kodex und die Instrumentalisierung ihres Berufsstandes. Ihnen allen stehen Politiker gegenüber wie der berüchtigte frühere deutsche Bundespräsident Joachim Gauck, der die Vorgänge bereits vor fünf Jahren auf eine erschreckende Formel brachte: »Die Eliten sind nicht das Problem, sondern die Bevölkerungen.« Aus den schrecklichen Kriegen in Afghanistan und im Irak, die vor zwanzig Jahren mit einer Kriegslüge begonnen worden waren, kehren nun die Veteranen, die überlebt haben, heim. Sie kennen die Wahrheit vom Hindukusch. Die Ärzte und Pfleger kennen die Wahrheit aus der vermeintlichen Heimatfront der Intensivbettenlüge, die diese Zeitung zuerst aufdeckte.

WIR KÖNNEN AUCH ANDERS

Dabei war der – bildlich gesagt – gesellschaftliche Krankheitsgrad vor dem Corona-Putsch zwar ernst, aber nicht unheilbar. Die Antwort auf den Corona-Zivilisationsbruch ist im Grunde dieselbe wie nach der letzten totalen Menschheitskatastrophe nach 1945 – die Notwendigkeit der Selbsterneuerung der westlichen Gesellschaften an ihren eigenen Idealen. In Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit besinnen sich die Völker der Erde auf sich selbst, stellen den Frieden nach innen und außen her. Der obszönste Reichtum wird gekappt, Konzerne zerschlagen und Kriegstreiber in die Schranken verwiesen. Internationaler Ausgleich wird durch freundliche Entwicklungsförderung gewährt. Die schlimmsten Auswirkungen der Klassengesellschaft werden durch Sozialprogramme, Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzung abgeschafft.

Anstatt sich angesichts des Zusammenbruchs des amerikanischen Repo-Marktes im September 2019 mit einem offenen Wort an die Völker zu wenden, entschieden sich die Regierung zum möglicherweise größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte – den Corona-Putsch, eingeleitet vom trainierten »Event 201«. Und also sind es nur die Menschen selbst, die Völker, die sich in Frieden und Freiheit verbinden, um die Wende herbeizuführen und Diktatur und Völkermord abzuwenden.

Dieser Text erschien zuerst als Audiostrecke auf dem unabhängigen Nachrichtenportal apolut.net.



NÄCHSTENLIEBE VON INTERNATIONALER TRAGWEITE

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Michael Schuch

Während der Antoninischen Pest zur Zeit des Kaisers Marc Aurel wurde bis zu einem Drittel der Bevölkerung im Römischen Reich dahingerafft. Der Historiker Ammianus schreibt dazu: »Von der Grenze Persiens bis an den Rhein und Gallien war alles mit Leichen erfüllt.« Ergriffen von Panik warfen die Menschen ihre Hausgenossen beim Auftreten der ersten Symptome einfach auf die Straße. Doch viele Christen überwanden ihre Angst vor der todbringenden Seuche und kümmerten sich um die Kranken. Viele überlebten nur deshalb, weil sie christliche Nachbarn hatten.

CHRISTLICHE 3G-REGELN: GOTT, GLAUBE UND GEMEINSCHAFT

In der »Pandemie« dieser Tage überstehen mehr als 99 Prozent aller Infizierten die Krankheit mit einem gestärkten Immunsystem. Kein Grund zur Aufregung, möchte man meinen. Und trotzdem sind die Zugänge zu den meisten Kirchen seit Monaten streng limitiert. Einige haben nun damit begonnen, die sogenannte 3G-Regel als Voraussetzung für einen Gottesdienstbesuch zu installieren. Und manche sehen sogar in »2G« eine Option.

Welch ein Kontrast von damals zu heute! Es ist höchste Zeit, sich zu besinnen. Jesu Wort »Kommt her zu mir, alle, die ihr mühselig und beladen seid; ich will euch erquicken« grenzt niemanden aus. Wie könnten wir es da wagen, den Zugang zum Haus Gottes von einem Stück Papier abhängig zu machen? So sehr lebendiger Glaube die Angst vor dem Tod zu überwinden vermag, so wenig erlaubt er es, sich den absurden Regeln eines staatlich verordneten Hygieneterrors zu unterwerfen.

PRAKTIZIERTE NÄCHSTENLIEBE STATT ÄCHTUNGSKULT

In einer Zeit, in der sich das gesellschaftliche Klima dramatisch abgekühlt hat und völlig gesunde Menschen zu Geächteten erklärt werden, ist es unsere vornehmste Aufgabe, mit herzlich praktizierter Nächstenliebe dagegenzuhalten und unsere Türen umso weiter aufzutun. Lasst uns diesem übergriffigen Staat endlich klar machen, wem wir zuallererst Respekt erweisen: »Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und mit all deiner Kraft und deinem ganzen Gemüt, und deinen Nächsten wie dich selbst.«

Von der Kabarettbühne in den Bundestag?

oder »Lieber ´ne zweite Hausdurchsuchung als ´ne erste Impfung.«

Heute bin ich in Weimar und treffe Uli Masuth. Er ist Spitzenkandidat der Partei die Basis in Thüringen für die kommende Bundestagswahl. Wir sprechen über Satire, einen Seitenwechsel und die »Freiheitsspritze«.



Der Kabarettist Uli Masuth kandidiert für die Partei die Basis. *Foto: Hannes Henkelmann*

Bitte stellen Sie sich kurz vor!
Ich bin Jahrgang ´57, habe Musik und Germanistik studiert, hatte viele Jahre eine nebenamtliche Stelle als Kirchenmusiker und arbeite seit über 20 Jahren als Solo-Kabarettist und Komponist. Ich komme ursprünglich aus Duisburg, bin aber – als unsere Kinder aus dem Haus waren – vor zwölf Jahren nach Weimar gezogen. Zusammen mit meiner Frau und Agentin Almut. Wir haben ´rüber gemacht, sind dem Soli hinterher, und jetzt bin ich Ossi mit westdeutschem Migrationshintergrund.

Können und wollen Sie unter den derzeitigen Bedingungen auftreten?
Die derzeitigen Bedingungen gibt es ja nicht. Was es gibt, sind eine Vielzahl von Auflagen, die sich je nach Bundesland – manchmal auch nach Stadt und Bühne – deutlich unterscheiden und immer wieder ändern. Wenn Sie mit »derzeitigen Bedingungen« aber zum Beispiel die 3G-Regeln meinen, die ich erfüllen müsste, um auftreten zu können, dann bin ich eh raus. Weil ich bin ja lediglich 1G – also *gesund*. Und das reicht ja oftmals nicht mehr, um auftreten zu können. Dazu kommt, dass ich keine Lust verspüre, vor einem Masken-Publikum zu spielen. Ich brauche den Kontakt zu den Menschen. Und dafür muss ich ihre Gesichter sehen. Tja, und so gesehen hat sich die Bühne für mich erst einmal erledigt.

Momentan bieten das aktuelle politische Tagesgeschehen, der Habitus vieler Volksvertreter und die Absurdität der Maßnahmen viel Stoff für Kabarettisten. Wen oder was würden Sie sich gerne vorknöpfen?
Den Satz: »Als Kabarettist haben Sie ja zur Zeit richtig viel Stoff«, höre ich, seitdem ich Kabarett mache. Stoff gibt´s also immer. In meinen Programmen habe ich mich aber immer weniger an Politikern abgearbeitet als vielmehr an Themen. An wem man derzeit aber wohl kaum vorbei käme, wäre eine Gestalt wie Christian Drosten, der jetzt Sätze raushaut wie: »Ich will eine Impfimmunität haben und darauf aufsattelnd will ich dann aber durchaus meine erste Allgemeininfektion und die zweite und auch die dritte haben.« Äh, wat? Auch *Talkshow*-König und Corona-Orakel Karl Lauterbach dürfte nicht unerwähnt bleiben. Er gab diese Woche folgende Weisheit zum Besten: »Es ist richtig, dass eine Corona-Infektion nach einer doppelten Impfung die Immunität abrundet.« Als Satiriker wird man da nicht mehr gebraucht.

Eine Bemerkung noch zu unserem Gesundheitsminister?
Schwierig ... mal angenommen, der Mann ist demnächst weg vom Fenster, zum Beispiel im Knast, da würde ich sagen: Die Lücke, die Jens Spahn hinterlässt, ersetzt ihn vollkommen.

Was würde passieren, wenn Sie sich klar positionieren und Ross und Reiter nennen?
Ich habe erlebt, was passieren kann, wenn man kritische Fragen stellt. Nach meinem Auftritt in Memmingen hat sich die Intendantin des dortigen Landestheaters in der Zeitung von meinen Äußerungen, die im Zusammenhang mit meiner, wie ich sie nenne, »Corona-Nummer« standen, distanziert. Wörtlich hieß es: »Uli Masuth hat unsere Bühne für eine politische Agitation missbraucht, um Verschwörungsgedanken zu verbreiten, die oft genug antisemitische und rassistische Untertöne anklingen lassen.« Mal davon abgesehen, dass es solche Untertöne nicht gegeben hat, weil sie mir absolut fernliegen, war die Intendantin gar nicht im Programm. Ich bin auch kein Impfgegner, wie mir immer wieder unterstellt wird. Zum Impfen gezwungen werden möchte ich allerdings nicht, sondern ich möchte schon eigenverantwortlich darüber entscheiden, was ich mir in den Körper jagen lasse. Und zwar ohne dann mit Repressalien rechnen zu müssen, wenn die Entscheidung nicht so ausfällt, wie die Regierung will. Ich käme auch niemals auf die Idee, mich mit einem bedingt zugelassenen »Impfstoff« in die »Freiheit spritzen« zu lassen. Hier gilt für mich: lieber ´ne zweite Hausdurchsuchung, als ´ne erste Impfung.

Nun haben Sie kürzlich die Seiten gewechselt, sind der Partei die Basis beigetreten und kandidieren für den Bundestag. Wie fühlt sich das an und welche Erfahrungen haben Sie gemacht?
Ähnliche Erfahrungen wie als Kabarettist. Mit dem Unterschied, dass ich mich als Kandidat gar nicht erst kritisch zum Thema Corona-Maßnahmen äußern muss. Viele Veranstaltungen werden bereits im Vorfeld abgesagt, weil, ich zitiere aus einer Begründung eines Kultur-Cafés, »die Basis für eine ziemlich wirre Ansammlung von Rechtsradikalen, Wissenschaftsfeinden, Reichsbürgern, Narzissten, und Verschwörungstheoretikern« steht. Was soll man dazu sagen außer: Man kann nur hoffen, dass es nicht so schlimm wird, wie es bereits ist.



Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

WIR WERDEN EUCH ALLE IMPFEN!

Im August war ich in Berlin, als die Demo verboten war. Mich hat einer beschimpft von der *Fake*-Antifa und noch gerufen: »Wir werden euch alle impfen!« Ich trug ein T-Shirt mit Robert F. Kennedy drauf, was ihm missfiel. Nun lernte ich die »Coronadiktatur« kennen. Gut, dass es euch gibt! Macht weiter so!
– Marcus B.

WEHRT EUCH!

Ich war richtig entsetzt darüber, wie man Demos gegeneinander ausspielt. Der Christopher Street Day wurde als regierungsfreundlich eingestuft und bestimmt merkten Teilnehmer, die auch bei Querdenken dabei sind, dass hier etwas nicht stimmt. Man merkt, wie schrecklich sich die Zustände entwickeln. Das wird kein Ende nehmen, solange sich die Mehrheit fügt und alles über sich ergehen lässt. Wie gut, dass es euch gibt.
– Klaus L.

EIN SEHR GELUNGENES BLATT

Obwohl im Schreibstil teilweise reißerisch, finde ich ihre Zeitung ein sehr gelungenes Blatt, welches definitiv das Zeug dazu hat, zu unser aller Rettung beizutragen. Meines Erachtens ist es jedoch wichtig, manchmal ein zwei Gänge herunterzuschalten, gerade um auch Menschen zu erreichen, für die das alles ganz neu ist.
– Amalia F.

DIE STASI MACHTE SICH NOCH DIE MÜHE

Es gibt nur Nachteile für Corona-Geimpfte. Die geimpften Immunsystemgeschädigten sollen mittels *QR-Code* überall ihre sensiblen Gesundheits- und Adressdaten hinterlassen. Die Stasi machte sich früher wenigstens noch die Mühe, den zu Überwachenden mit dem Auto oder zu Fuß mit Zettel und Stift zu verfolgen und aufzuschreiben, wann er sich wo und warum aufhielt. Der Geimpfte wird heute anhand eines sechs Monate gültigen *QR-Codes* seiner Freiheit beraubt. Der Gen-Impfstoff-Träger wird erpresst, digital verfolgt und aufgrund einer *Fake*-Pandemie total überwacht. Wie lange wollen die Geimpften das noch mitmachen?
– eine Selbstdenkerin

GRÜSSE VON HERZEN

Wir wünschen Ihnen allen – dem gesamten Team – Kraft, Freude, Zuversicht und Durchhaltevermögen. Bleiben Sie beschützt und herzlich gegrüßt.
– Heiner und Renate Z.

Die Strafvereitelungsbehörde

Das Finanzministerium des Kanzlerkandidaten Olaf Scholz lässt kriminelle Geldwäscher durch schlampige Ermittlungen ungestört gewähren. | Von Hermann Ploppa

Am Vormittag des 9. Septembers erschienen Herrschaften von der Kriminalpolizei in den Büros des Bundesministeriums der Finanzen und auch in den Räumen des Bundesjustizministeriums. Tatsächlich wurden bei dieser Razzia mehr oder minder empfindliche Akten zur Geldwäsche mitgenommen. Die Staatsanwaltschaft Osnabrück hatte die Razzia veranlasst. Das war peinlich für Finanzminister Olaf Scholz, der ja gerade jetzt als aussichtsreichster Kanzlerkandidat von der synchronisierten *Mainstream*-Presse hochgejubelt wird.

Nach seinen unsäglichen Äußerungen über die fünfzig Millionen geimpften »Versuchskaninchen« hätte diese Aktion ihm das Genick brechen können. Die SPD vermutet eine politisch motivierte juristische Inszenierung kurz vor der Bundestagswahl. Aber die Razzia, ganz genauso wie die »Versuchskaninchen«-Äußerung, wurde professionell in einem kurzen lauten Knaller abgefeiert, um dann zur Tagesordnung zurückzukehren. Denn die gesamte Politikerkaste hat gute Gründe, den Ball flach zu halten.

Die Strafverfolgungsbehörden gehen dem Verdacht der Strafvereitelung nach. Denn dem Finanzministerium untersteht der Zoll. Und dem Zoll untersteht wiederum die Zentralstelle für Finanztransaktionen, die amtlich mit dem anglisiert-wichtigtuerischen Titel »Financial Intelligence Unit« (FIU) geführt wird. Diese FIU wurde kurz nach dem 11. September 2001 gegründet, um den bösen Terroristen den Geldhahn abzudrehen. Die FIU unterstand zuerst dem Bundeskriminalamt (BKA). Doch der schlaue CDU-Finanzminister Wolfgang Schäuble verlegte die Geldwäsche-Detektive kurz vor der Bundestagswahl im Jahre 2017 aus dem BKA zum vergleichsweise gemächlichen Zoll. Deshalb greift die CDU Schäubles Nachfolger Olaf Scholz auch nicht an.

Die Financial Intelligence Unit wird allgemein verlacht als Schlafmützenverein. Deswegen auch der Vorwurf der Osnabrücker Staatsanwaltschaft: Die FIU hat 31 Meldungen von Banken auf Geldwäsche nicht pflichtgemäß an die Strafverfolgungsbehörden weitergegeben. Es handelt sich um Überweisungen durch deutsche Bankhäuser in Millionenhöhe in afrikanische Länder. Die Banken mutmaßen, dass hier Gelder von Deutschland aus im Zusammenhang mit Waffen- und Drogengeschäften an terroristische Vereinigungen geflossen sind. Und die FIU wird von Jahr zu Jahr immer unwilliger, schräge Geschäfte zu untersuchen. Im Jahre 2019 wurden der FIU 114.914 Verdachtsfälle gemeldet, von denen die FIU 33.800 Meldungen an die Staatsanwaltschaft weitergab. Also 29,4 Prozent wurden weitergereicht. 2020 hingegen gingen 144.005 Fälle gemeldet, aber nur 17,2 Prozent davon wurden weitergegeben. Die FIU soll die Verdachtsmeldungen analysieren und dann weiterreichen, wenn sie die Verdachtsmomente für fundiert hält.



Winkt mit Geld und nimmt doch meistens: Scholzomat im Waschsalon *Collage: Jill Sandjaja*

Es ist ja ein beliebter Kniff von Politikern, delikate Dinge unter den Tisch zu kehren. Sie installieren eine Alibi-Behörde, die dann mit völlig veralteter Ärmelschoner-Technologie praktisch nichts ausrichtet. Und so kommt auch bei der FIU, die schön weit weg von den Schaltstellen der Macht in Köln vor sich hin residiert, der Bundesrechnungshof in einer geheimen Studie zu vernichtenden Schlussfolgerungen: »Die FIU kann auf die regionalen Polizeidaten in den Vorgangssystemen der Länderpolizeien nicht elektronisch zugreifen. Die FIU kann auch auf einen Großteil wichtiger Steuerdaten der Finanzverwaltungen des Bundes und der Länder nicht elektronisch zugreifen. Die FIU kann damit die in sie gesetzten Erwartungen nur unzureichend erfüllen.« Hier läge »systemisches Versagen« vor.

LEITMEDIEN SCHWEIGEN ÜBER GEHEIMDIENST-KRIMINALITÄT

Es gibt gute Gründe, warum die Geldwäsche-Detektive in Köln in Wirklichkeit zu keinem Ergebnis kommen sollen. Was nämlich auch die *Mainstream*-Presse bei allen durchaus exzellenten Recherchebefunden nicht sagen darf: selbstverständlich arbeiten Geheimdienste und internationale Großverbrecher in vielen Bereichen eng zusammen. Die berühmte Iran-Contra-Affäre brachte einen regen Ringtausch von Terroristenbanden und CIA in den Bereichen Waffen- und Drogenhandel, verbunden mit gegenseitigen politischen Gefälligkeiten, ans Tageslicht. In einer zunehmend vom Marktradikalismus zerrütteten Finanzarchitektur kooperieren die Geheimdienste zunehmend mit Verbrecherbanden. Zum anderen wird allein die deutsche Wirtschaft mit der Infusion von geschätzten jährlich 100 Milliarden Euro gewaschenem Geld jedes Jahr nicht unerheblich in Schwung gebracht. Und hier sind es nun tatsächlich die vielen kleinen Ede Knacks aus den ganzen zerstörten Zivilgesellschaften im ehemaligen Ostblock und im Mittleren Osten, die vernachlässigten Stadtteilen in deutschen Kommunen mit ihrem Ankauf von Rolex-Uhren und teuren Sportwagen zu Verbesserungen in den Gewerbesteuererträgen verhelfen. Auch noch so fremdenfeindlich-populistische Politiker vor Ort werden einen Teufel tun, diese Geldquellen versiegen zu lassen durch konsequente Strafverfolgung.

In diesen Kontext gehört auch der politische Werdegang des Kanzlerkandidaten Olaf Scholz. Er hatte es in Hamburg als Oberbürgermeister nicht mit kleinen Ganoven zu tun, sondern mit der piekfeinen Warburg-Bank, die den Fiskus der Hansestadt um 47 Millionen Euro in der Cum-Ex-Affäre bestohlen hatte. Oder die vermutlich nicht ganz unbeabsichtigte Toleranz der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht Bafin gegenüber den erfundenen 1,9 Milliarden Euro in der Bilanz des Onlinebezahldienstes Wirecard. Der Fall Wirecard zeigt zudem deutlich, dass die Selbstaufsicht der deutschen Wirtschaft durch Ratingagenturen in keiner Weise vor Bilanzbetrug schützt.

BARGELDABSCHAFFUNG IST KEIN ALLHEILMITTEL

Was also ist zu tun, um diesen stinkenden Sumpf trocken zu legen? Bargeldzahlungen einschränken oder ganz abschaffen, sagen die Mainstream-Medien und die Politiker, souffliert von den ganz großen Finanzhäusern. Tatsächlich wären kriminelle Geschäfte etwas schwieriger auszuführen, wenn der Verbrecher beim Kauf des Geldwäscher-Bugatti seinen Ausweis vorlegen muss. Und wenn dann noch auch die Beweislast umgekehrt würde, sodass der Ganove lückenlos dokumentieren müsste, wo der Zaster für seinen Bugatti herkommt. Ist also die Abschaffung des Bargeldes der Königsweg zur Abschaffung der Organisierten Kriminalität?

Bislang kann von substantiellen Erfolgen im Kampf gegen die Geldwäsche in Europa keine Rede sein. Zum Delikt der Geldwäsche gesellt sich noch das Verbrechen der Steuerflucht und Steuervermeidung, die der Solidargemeinschaft der Steuerzahler jedes Jahr geschätzte 100 Milliarden Euro vorenthalten. Das Portal Statista stellt ernüchtert fest: »Die vorliegenden Zahlen zeigen allerdings, dass die 2014 von der EU ergriffenen Maßnahmen gegen Steuerflucht noch keine Wirkung zeigen.« Die perfide Strategie, die totale Kontrolle über die Bürger durch das Digitalgeld mit der proklamierten Verbrechensbekämpfung zu verzuckern, ist leicht zu durchschauen.

Die einzig überzeugende Strategie gegen Wirtschaftskriminalität besteht darin, die politischen Eliten komplett auszutauschen und zu erneuern. Denn schon im Jahre 1996 hatten erboste Richter und Staatsanwälte aus verschiedenen europäischen Ländern in ihrem Genfer Appell das Urteil verkündet: »Im Übrigen erweisen sich die politischen Autoritäten aller Länder heute als unfähig, diesem Europa des Schattens klar und effizient entgegenzutreten.« Die Wähler haben nun das Wort.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

MELDUNG

DEUTSCHE MÜSSEN TIEFER IN DIE TASCHE GREIFEN

München/DW. Das Münchner Wirtschaftsforschungsinstitut ifo erwartet für das Jahr 2021 die höchste Inflation seit 1993. Demnach soll die Teuerung der Verbraucherpreise zum Jahresende bei rund drei Prozent liegen. Auch die Prognose für 2022 fällt mit 2,5 Prozent überdurchschnittlich hoch aus. Besonders würden dabei höhere Energie- und Spritpreise beim Konsumenten zu Buche schlagen. Die Bundesregierung hatte 2020 die Mehrwertsteuer vorübergehend gesenkt und auch Energiepreise waren krisenbedingt gesunken. Die Inflationsrate lag daher bei nur 0,5 Prozent. Nun herrsche ein sogenannter Corona-Nachholbedarf, der allgemein für eine höhere Nachfrage und somit steigende Preise sorge. Andere Wirtschaftsexperten prognostizieren eine »galoppierende Inflation«. (ber)

MILLIARDENSCHWERE NUTZNIESSER DER *FAKE*-SEUCHE

Mainz/DW. Biontech Gründer Uğur Şahin und seine Ehefrau Özlem Türeci gehören jetzt zu den zehn reichsten Deutschen. Das Vermögen des türkischstämmigen Ehepaars hat sich während der *Fake*-Pandemie um mehr als zehn Milliarden Euro vergrößert und beträgt nun knapp 14 Milliarden Euro. Die beiden Forscher erreichten den Durchbruch mit der Entwicklung und dem Verkauf eines Covid-19-Gen-Impfstoffes. In dem Geschäft ist das Finanzpaar von der Haftung ausgeschlossen. (ber)

PROFITEURE DER PLANDEMIE

Berlin/DW. Laut Berechnungen der internationalen Hilfsorganisation Oxfam würde eine einmalige Abgabe von 99 Prozent jener Einnahmen, die Milliardäre weltweit während der ausgerufenen Pandemie generierten, 5,4 Billionen US-Dollar in die öffentlichen Kassen befördern. Dennoch wären diese Geschäftsleute um 55 Milliarden US-Dollar reicher als vor 2020. Hier die Top 10 der reichsten Menschen der Welt, die ihr Vermögen dank der Corona-Politik der Regierungen vergrößerten. Darunter zwei Weltraum-Flüchtlinge und ein Impfguru.

1. Jeff Bezos, 201,7
2. Elon Musk, 195,3
3. Familie Arnault, 190,6
4. Mark Zuckerberg, 135
5. Bill Gates, 132
6. Larry Page, 123,1
7. Sergey Brin, 118,6
8. Larry Ellison, 117,4
9. Warren Buffet, 101,4
10. Steve Ballmer, 95,4

Angaben in Milliarden US-Dollar. Stand 10. September 2021, laut statista.com.

DER LETZTE SCHREI DER PFLEGER

Die Beschäftigten von Charité und Vivantes streiken. Sie wollen nicht nur mehr Lohn, sondern endlich normal leben. | Von Hermann Ploppa

Die Gelegenheit ist außerordentlich günstig, um auf die – sagen wir mal – schwierigen Bedingungen der Berliner Beschäftigten im Pflegebereich aufmerksam zu machen. Denn am 26. September werden zeitgleich zur Bundestagswahl auch das Berliner Abgeordnetenhaus und die Bezirksparlamente der Hauptstadt neu gewählt. Dazu kommt ein Volksbegehren zur Enteignung privater Mietwohnungsgesellschaften.

Die Dienstleistungsgewerkschaft verdi organisiert die Streiks im Bereich der kommunalen Krankenhausgesellschaft Vivantes mit ihren 17.000 Mitarbeitern. Auch die durch permanente Christian Drosten-Episteln weltweit bekannt gewordene Universitätsklinik Charité mit ihren 18.700 Mitarbeitern tritt in den Ausstand. Das Ganze ist schön gestaffelt nach Abteilungen, so dass jede Station nur einen Tag bestreikt wird und die Härten sich für die Patienten einigermaßen in Grenzen halten. Die beiden Krankenhaus-Giganten sind zwar (noch) nicht privatisiert, aber auch hier greift das gängige Muster privatisierter Unternehmen: Das Konglomerat ist in unzählige Subunternehmen aufgesplittet, um für möglichst viele Arbeitsbereiche den Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst (TVÖD) zu vermeiden. Nun geht es im Streik zum großen Teil darum, dass die weniger Verdienenden aus den Subunternehmen auch in den Genuss des TVÖD gelangen möchten. Zudem wird hier um eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden und um 30 Tage Urlaub im Jahr gekämpft.

Sieht also auf den ersten Blick wie ein stinknormaler Arbeitskampf aus. In Wirklichkeit geht es aber vielmehr darum, den extremen Verfall in der Qualität der Arbeitsplätze wieder rückgängig zu machen. Und so spricht selbst der verantwortliche Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz von der SPD die Qualitätsfrage an: »Ein Lösungsweg könnte die Reform der Fallpauschalen sein.« Nun ja, Gespräche mit den Beschäftigten im Gesundheitsbereich ergeben, dass der Leidensdruck *erst mit* der Einführung der Fallpauschale im Jahre 2003 so richtig an Fahrt aufgenommen hat. Seitdem haben es die Pflegenden zunehmend nur noch mit den harten Fällen zu tun, die sie mit immer weniger Kollegen versorgen müssen.

DIE INSTRUMENTALISIERUNG DES PFLEGENOTSTANDES

Das war schon hart genug. Die Einführung des Corona-Notstandes machte aus der Qual allerdings eine Folter. Die Kollegen müssen den ganzen Tag diese unsäglichen Masken aufsetzen, müssen in ständigen Plastikumhüllungen Eimer vollschwitzen. Und wenn ein Corona-Fall auftritt, müssen sie in Quarantäne. Sie fallen aus, und die Kollegen müssen außer der Reihe für sie »einspringen«, das heißt: Außer ihren regulären Schichten auch noch unangekündigt die Schichten anderer Pflegenden übernehmen. Logisch, dass auf diese Weise das Familienleben zerrüttet wird. Ebenfalls logisch, dass allein im Sommer 2020 über 9.000 Kollegen kündigten und die Arbeitslosigkeit der Hölle im Krankenhaus vorzogen.

Pflegende in Krankenhäusern bleiben im Schnitt 13,7 Jahre in ihrem Beruf, in der Altenpflege sind es sogar nur 8,4 Jahre. Dabei handelt es sich um einen sehr anspruchsvollen Fachberuf mit einer relativ langen Ausbildungsdauer. Zudem herrscht eine schreiende Geschlechterungerechtigkeit. Frauen verdienen in Pflegeberufen zwischen zehn und 25 Prozent weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen. Hier reichen konsequente Tarifkämpfe nicht mehr aus. Gerade vor der Bundestagswahl, die ja auch Raum gibt für grundlegendere Fragestellungen, sollte der Arbeitskampf deutlich vernehmbar die Qualität des Arbeitsplatzes einfordern.

KRISEN- UND FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN

Konkret heißt das: Das Rentabilitätsdenken, das auch kommunale Krankenhäuser mittlerweile fest im Würgegriff hält, muss sofort beseitigt werden. Krankenhäuser sind Einrichtungen des öffentlichen Versorgungsauftrags. Sie müssen so viel Geld und Personal erhalten, wie es die Situation erfordert. Die infame Fallpauschale muss abgeschafft werden. Die Politiker müssen garantieren, dass alle Krankenhäuser und Pflegeheime wieder in öffentliche oder karitative Trägerschaft zurückgeführt werden. Das alles ist finanzierbar, wenn der Staat endlich gewillt ist, jene 100 Milliarden Euro energisch einzutreiben, die Steuerflüchtlinge und Steuervermeider uns jedes Jahr stehlen. Es muss Gesundheitsarbeitern wieder möglich sein, ihr gesamtes Erwerbsleben im Pflegebereich zu verbleiben, und zwar mit Freude und mit Dankbarkeit durch die gesamte Gesellschaft.

Geldrevolution in El Salvador

Als erstes Land der Welt hat das mittelamerikanische Land Bitcoin als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt. Weitere Staaten möchten diesem Beispiel folgen. | Von Burak Erbasi

Seit dem 7. September 2021 kann in El Salvador offiziell mit der Kryptowährung Bitcoin bezahlt werden. Präsident Nayib Bukele verspricht sich von diesem gewagten Vorstoß einen Aufschwung für die von Finanzkrisen gebeutelte Wirtschaft seines Landes.

Im Jahre 2009, als nur Kriminelle, *Computerfreaks* und *Cyber*-Anarchisten mit dem neuartigen Digitalgeld im schmuddeligen *Darknet* herumexperimentierten, hätte wohl keiner ahnen können, dass die dezentrale Kryptowährung Bitcoin einmal zur offiziellen Währung eines Staates avancieren würde. Während sich hierzulande die Blockchain-Adaption eher in Grenzen hält und Ökonomen der alten Schule immer noch das Wort führen und Bitcoin mangels Fachwissen sogar mit einem Schneeballsystem vergleichen, haben andere Länder das revolutionäre Potenzial dezentraler Kryptowährungen längst erkannt.

El Salvador möchte sich vom US-Dollar-System lösen und sieht in dem digitalen Gold eine praktikable Möglichkeit, unabhängiger zu werden und große Teile seiner Bevölkerung an den nationalen und internationalen Zahlungsverkehr anzubinden. Bitcoin schafft hier auf vielen Ebenen Abhilfe.

Die meisten Menschen im verarmten Land haben kein Bankkonto und eine Bitcoin-App ist leicht heruntergeladen, Überweisungen sind schnell und kostengünstig durchführbar. Etwa zwei Millionen El-Salvadorianer arbeiten im Ausland und ihre Überweisungen machen 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Zudem soll die Bitcoin-freundliche Politik der Bukele-Regierung neue Investitionen ins Land holen und Arbeitsplätze schaffen. Der Staat will auch mit der Energie aus den zahlreichen Vulkanen im Land selbst Bitcoins schürfen und auf den Markt bringen. Dem Beispiel El Salvadors folgend planen nun auch andere Länder die breitere Adaption von Kryptowährungen. So zeigt sich Simbabwes Finanzminister Mthuli Ncube fasziniert von Bitcoin und Co und fordert seine Landsleute nun dazu auf, in Bitcoin zu investieren. Die Bürger des afrikanischen Staates erhalten laut Medienberichten jährlich knapp 1,2 Milliarden US-Dollar aus dem Ausland und 90 Millionen US-Dollar sollen dabei als Transaktionskosten anfallen. Mit der Nutzung des Bitcoin-Systems würden solche horrenden Gebühren der Vergangenheit angehören. Derzeit geben viele Kritiker zwar noch zu bedenken, dass bei dem Digitalgeld keine Preisstabilität herrscht und kein Ende der Spekulationsphase abzusehen ist, doch Experten fordern Geduld. Wenn die Massenadaption weiter Schwung aufnimmt und immer mehr Menschen an dem dezentralen Zahlungsnetzwerk teilnehmen, wird sich das Ökosystem und somit auch das Preisniveau stabilisieren.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass auch der Demokratische Widerstand Bitcoins als Spende akzeptiert. Die Kontodaten finden Sie auf Seite 9.



Gunnar Kaiser avancierte während der Fake-Pandemie zu einem der einflussreichsten Regimekritiker im deutschsprachigen Raum. *Foto: Gunnar Kaiser*

DIE GRENZEN DES SAGBAREN

Der Philosoph und Schriftsteller Gunnar Kaiser über die Zensur auf den Konzernplattformen, verspätete Freiheitskämpfer und den inneren Konflikt eines demokratieliebenden Springer-Journalisten. | INTERVIEW

DW: Sie arbeiten mit dem Videoformat. *Big Tech* hatte Sie am Anfang der Corona-Zeit gar nicht so sehr im Visier. Als dann das erste Video vom Youtube-Konzern aus Netz verbannt wurde, hatten Sie mit regelmäßigen Löschungen zu kämpfen. Wie gehen Sie und Ihr Team damit um?
Gunnar Kaiser: Ich habe das Gefühl, es ist etwas wilder geworden. Man weiß gar nicht mehr: Was darf man jetzt noch? Videos waren monatelang gelöscht, der Widerspruch wurde schon eingelegt und auch abgelehnt und dann sind sie wieder wie von Geisterhand erschienen. Das ist die totale Willkür. Auf der anderen Seite weiß man genau, weil es einen gewissen Katalog von Dingen gibt, was man nicht sagen darf. Das kann man dann abgleichen und auch ausprobieren. Meistens sind es jetzt nämlich Interviewpartner, die dann zum Beispiel sagen: »Die Masken nützen ja nix. Das wissen wir ja.« Dafür wird dann ein ganzes Video von anderthalb Stunden gelöscht, weil diese eine Sekunde drin ist.

DW: Und wie handhaben Sie das dann in der Situation?
Wenn wir das wissen, zensieren wir es tatsächlich. Und auch mit großer Scham uns selbst gegenüber, weil wir uns selbst zensieren, um auf Youtube weiter bestehen zu können. Wir markieren das aber mit dem Hinweis: »Diese Stelle ist – um sie vor der Wahrheit zu schützen, lieber Zuschauer – zensiert worden. Sie können das Original dann bei Odysee oder bei Bitchute nachhören.« Aber das kann nicht der Sinn der Sache sein. Ich versuche dann diese wissenschaftlichen Sachen ein bisschen zu umgehen oder ein bisschen zu verstecken auf anderen Kanälen, aber dafür die philosophische, politische und gesellschaftliche Ebene noch zu stärken, weil die eigentlich nicht gelöscht wird. Da konnte ich bisher immer sagen, was ich wollte.

DW: Was darf man denn laut Youtube noch alles nicht so sagen?
Zum Beispiel, dass Kinder nicht an Covid-19 erkranken beziehungsweise schwer erkranken. Ich glaube, dass man auch nicht sagen darf, dass Schulen keine Treiber der Pandemie sind oder dass Covid nicht gefährlich ist. Man darf es auch nicht mit der Grippe vergleichen. Es sind noch mehrere Sachen. Ich gukke die auch nicht alle immer durch. Das macht dann tatsächlich mein Team. Schon während des Interviews. Das hatten wir gerade letztens. Da haben wir mit Christoph Lütge, Professor für Philosophie aus München, gesprochen und er sagte irgendwas und ich sagte ihm dann: Wissen Sie Herr Lütge, jetzt ist es schon so weit, dass mein Team sich da hinten Notizen macht: »Ah, Minute 1:38, stumm schalten wegen Hassrede.« (*lacht*)

DW: Während Big Tech weiterhin fleißig kritische Stimmen löscht, berichten die *Bild* und *Welt* dann doch ab und an mal kritisch. Was denken Sie darüber? Denken Sie, dass das authentisch gemeint ist?
Ja, das ist authentisch. Davon bin ich relativ überzeugt. Ich kenne ein paar Leute von der *Welt* auch schon länger vor der Krise. Und ich halte sie für gute Journalisten. Und sie sind da jetzt nicht Teil des Spiels und kontrollierte Opposition. Sie sprechen auch mit mir und ich habe Kontakt mit ihnen und sie sagen, dass sie versuchen, dieses Narrativ zu zerschießen, aber sie dürfen nicht alles sagen. Oder sie formulieren es so: Der Raum des für uns Sagbaren ist enger als deiner. Deswegen sind sie sehr kritisch, aber sie müssen auch immer wieder trotzdem diese Impfpropaganda fahren. Die kommt dann trotzdem dahin. Die Frage ist nur: Warum gerade die Springerpresse und sonst noch die *NZZ* und keine anderen? Und warum gerade die? Und nicht die *Süddeutsche* und nicht die *taz*? Wer ist verantwortlich für diese Ausrichtung? Welche Ideologie ist dahinter? Aber da bräuchte es wahrscheinlich ganze Bücher. Man könnte auf jeden Fall auf das Buch von Marcus Klöckner »Zombie-Journalismus« verweisen.

DW: Bis es überhaupt zu kritischen Artikeln kam, hat es sehr lange gedauert und die Impfung ist tatsächlich unantastbar. Im *Spiegel* gab es zum Beispiel den Artikel »Fünf Gründe, warum Herdenimmunität vielleicht nie kommt – aber impfen trotzdem hilft«.
Ja, solange dieses Grund-Narrativ nicht angetastet wird, kann man jetzt auch schon zurückrudern oder Dinge geradestellen oder differenzieren. Auch mit dem PCR-Test zum Beispiel, der vorher so der Goldstandard war und jetzt Drosten selbst sagt, dass der PCR-Test einfach nicht perfekt genug ist. Aber das Grund-Narrativ »Die Impfung bringt uns alle da raus« bleibt. Oder es wird berichtet, dass die Bundesregierung nicht schnell genug Impfstoffe bestellt hat. Das ist so eine Art kritisieren an der Oberfläche, was ja auch nicht das Richtige trifft. Und wenn überhaupt zu spät. Denn wie Sie sagen, das was die Bild macht, kommt einfach viel zu spät. Auch das was einzelne Politiker machen. Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine, Wolfgang Kubicki. Das kommt jetzt nach anderthalb Jahren. Da kann ich doch nur mit den Achseln zucken und sagen: Lasst das stecken. Ihr müsst euch jetzt nicht als die großen Freiheitskämpfer verkaufen.

Die Fragen stellte Sarah Schmidt.

MELDUNG INTERNATIONAL

ENDE ALLER MASSNAHMEN N°1 DÄNEMARK

Kopenhagen/DW. Dänemark hebte laut dänischen Medienberichten am 10. September 2021 alle Corona-Maßnahmen auf. Nachdem zuvor die Maskenpflicht und die Abstandsregeln aufgehoben worden waren und Diskotheken und Nachtclubs ohne Einschränkungen öffnen durften, findet auch der Impfnachweis nunmehr keine Verwendung mehr. Die Dänen machen sich über die deutsche Corona-Politik lustig oder schauen irritiert, besorgt bis entsetzt auf den immer noch fanatischen Nachbarn Deutschland. (hes)

ENDE ALLER MASSNAHMEN N°2 SCHWEDEN

Stockholm/DW. Die schwedische Regierung kündigt das Ende aller Corona-Maßnahmen zum 29. September 2021 an. Von da an soll es nur noch Empfehlungen geben, meldeten internationale Presseorgane. Die schwedische Gesundheitsministerin Lena Hallengren berief sich dabei auf die Fortschritte der Impfkampagne. Die Impfquote Schwedens ist mit 60,8 Prozent so hoch wie die der Bundesrepublik. (hes)

FRANZOSEN STREITEN FÜR EINE FREIE REPUBLIK

Paris/DW. Die französischen Proteste gegen den Corona-Putsch reißen nicht ab. Am Samstag, den 11. September 2021 kamen erneut Hunderttausende zu den wöchentlichen landesweiten Versammlungen zusammen. Das französische Innenministerium spricht von 170.000 Demonstranten in ganz Frankreich, unabhängige Beobachter jedoch vom zehnfachen dieser Angabe. Die Forderungen sind wie in Deutschland das Ende des Ausnahmezustandes, die Rücknahme des Gesundheitspasses und anderer Verfassungsbrüche sowie die Schaffung der Sechsten Republik, welche die derzeitige überwinden soll. (hes)

DEM REGIME RENNEN DIE MENSCHEN DAVON

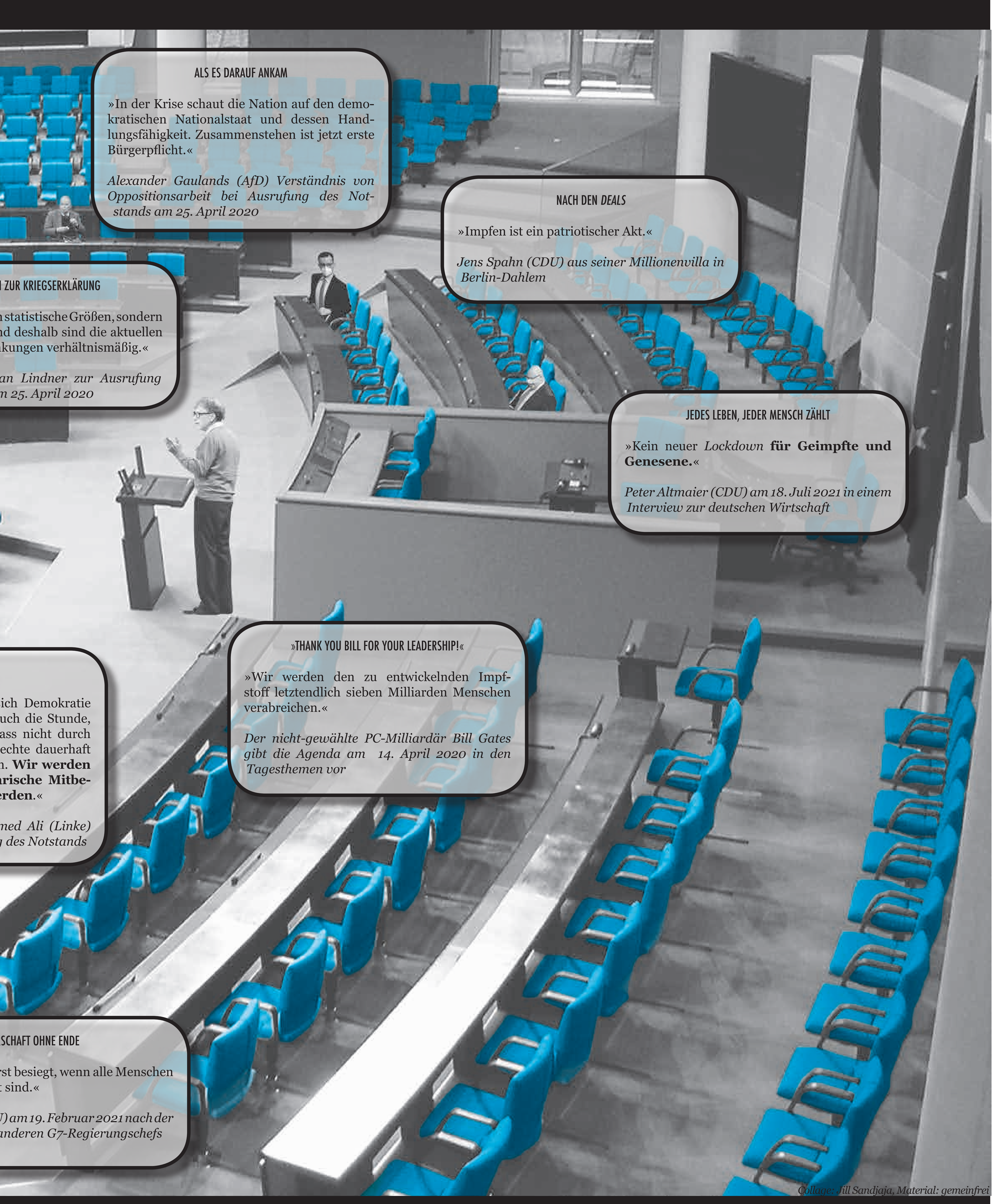
New York/DW. Die Geburtsstation eines Krankenhauses im US-Bundesstaat New York musste vorerst von dessen Leitung geschlossen werden, weil zahlreiche Mitarbeiter wegen der Corona-Impfpflicht gekündigt hatten. »Die Zahl der eingegangenen Kündigungen lässt uns keine andere Wahl«, so der Krankenhaus-Chef Gerald Cayer laut *CNN* auf einer Pressekonferenz am 10. September 2021. New Yorks Gouverneur Andrew Cuomo hatte befohlen, alle Krankenhausangestellten bis zum 27. September 2021 zu impfen. (hes)

ZITATE AUS DEM CO



Das Scheitern der Repräsentation: Die Politkaste kann und u

ORONA-BUNDESTAG



Collage: Jill Sandjaja, Material: gemeinfrei

will die Bevölkerung nicht vertreten. Verfassungserneuerung!

Tödliche Virentherapien

In den 80ern schadeten Forscher Aids-Patienten mit falschen Behandlungen. Heute begeht man ähnliche Fehler mit der Gen-Impfung. | Von Markus Fiedler

Aids beschreibt ein Krankheitsbild, das auf einer nicht mehr vorhandenen Funktionalität des Immunsystems beruht. Dieses Symptom wird wesentlich durch den Humanen Immundefizienz-Virus (HIV) ausgelöst. Der an Aids erkrankte Patient stirbt letzten Endes nicht an HIV, sondern an einer beliebigen Infektion gegen welche sich das geschwächte Immunsystem nicht mehr verteidigen kann.

HIV gehört der Familie der Retroviren an und befällt gezielt die Zellen, die auf ihrer Oberfläche CD4-Rezeptoren (Makromoleküle) besitzen. Das sind im Wesentlichen CD4-T-Helferzellen. Der CD4-Rezeptor kommt aber auch in geringer Anzahl auf anderen Zelltypen des Immunsystems und auf Hirnzellen vor. CD-4-Helferzellen sind weiße Blutkörperchen, die unter anderem an der Reifung anderer weißer Blutkörperchen beteiligt sind. Schaltet ein Virus diesen Zelltyp aus, so werden gleich mehrere Komponenten des vielschichtigen Immunsystems des Menschen ausgeschaltet, was die meisten Patienten weitgehend schutzlos gegen viele Keime zurücklässt.

Im HIV findet man zwei identische einzelsträngige RNA Moleküle als Erbträger. Der Virus kann diese RNA mittels des Enzyms »Reverse Transkriptase« in DNA umkopieren. Mittels Integrasen kann diese Erbinformation in das Genom, also in die Chromosomen der Wirtszelle eingebaut werden. Der infizierten Zelle werden also fremde Erbinformationen untergeschoben. Das ist ein bewährter »Trick« vieler verschiedenartiger Viren. Unabhängig davon, dass Viren nicht zu gezielten Handlungen oder gar Handlungsplanungen fähig sind, so hat sich doch dieses Prinzip in der Evolution durchgesetzt beziehungsweise sehr gut behauptet. Viren gelten als nicht lebendig, da sie sich nicht eigenständig vermehren können. Sie benötigen eine Wirtszelle. Wird eine Wirtszelle mit einem Virus infiziert, beginnt zumeist sofort die Virenproduktion, was letztendlich zur Zerstörung der befallenen Zelle führt. Es kann aber von Vorteil sein, wenn der Virus sich lediglich in die Zelle einschleicht und inaktiv in ihr »schlummert«. Die Zelle kann dann mit ihrem normalen Stoffwechsel weitermachen. Teilt sich die Wirtszelle, so wird das Virus gleichzeitig mit vermehrt. So lange die Wirtszelle keine viralen Bausteine produziert, bleibt sie vom ansonsten intakten Immunsystem unerkannt. Mit vielen Zellteilungen werden auch die Viren, als schlummernder Bauplan im Zellgenom, vermehrt.

DER VERMEINTLICHE AIDS-BEZWINGER

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Aids zu therapieren. Ein Ansatzpunkt ist Zidovudin, auch AZT genannt. Dieses Medikament war der Hoffnungsträger der Medizin in den 1980er beziehungsweise 1990er Jahren. Man hoffte, damit das Umschreiben der Virusinformation von RNA zu DNA unterbinden zu können. Tatsächlich benötigt die Reverse Transkriptase zur Herstellung einer DNA-Kopie die vier Grundbausteine Adenin, Thymin, Cytosin und Guanin. Damit diese durch die Reverse Transkriptase in die DNA eingebaut werden können, liegen sie als fertige Bausteinpakete mit jeweils einem gebundenen Zucker und drei Phosphatgruppen in der Zelle vor.

Der Trick besteht nun darin, unter diese normalen Bausteine fehlerhafte Moleküle zu schmuggeln. Da die Reverse Transkriptase sehr fehleranfällig ist, erkennt sie diese fehlerhaften DNA-Bausteine nicht und baut sie einfach in den entstandenen DNA-Strang ein. Durch den Einbau dieser falschen Basen bricht die Produktion der viralen DNA-Kopie allerdings sofort ab. Ergebnis: Der Virus kann sich nicht in der Zelle vermehren. Ein genialer Trick, denn die DNA-Polymerasen der Wirtszelle, die auch auf die gleichen DNA-Bausteine angewiesen sind, bauen die fehlerhaften DNA-Bausteine nicht ein, weil sie wegen verschiedener Korrekturmechanismen viel genauer beim Kopieren von DNA sind. Aber die Forscher hatten etwas übersehen.

Wie man heute weiß, gibt es noch weitere Enzyme in einer Zelle, die einer Reversen Transkriptase sehr ähnlich sind und durch das Medikament Zidovudin nun ebenfalls blockiert werden. Daher traten vor allem mit hoher Dosierung des Medikaments schwere Nebenwirkungen mit Todesfolgen auf. Bis sich die Einsicht auf einen Behandlungsfehler durchgesetzt hatte, verging allerdings kostbare Zeit.

PATIENTEN WERDEN KÜNSTLICH KRANK GEMACHT

Es zeigt sich nun eine gewisse Artverwandtschaft des Verhaltens von Forschern und Medizinern bei HIV und bei Corona. Corona-Impfstoffe haben ebenfalls massive Nebenwirkungen. Ich gehe nicht davon aus, dass Forscher generell böswillig sind und hier absichtlich gefährliche Impfungen herstellen. Aber sie haben offenbar übersehen, dass der verimpfte Bauplan für das Spike-Protein des Sars-Cov-2-Virus die durch die Impfung infizierten Zellen dazu zwingt, genau das Protein herzustellen, welches das Krankheitsbild von Covid erzeugt. Ein Protein, das bei natürlicher Infektion nur in den seltensten Fällen in die Blutbahn gelangt, kommt durch die Impfung nunmehr massenweise direkt dorthin. Die Menschen werden demnach durch die Impfung zu kranken Menschen.

Wie wir beobachten können, sehen wir hier immer wieder Forscher in ihrer Sturm- und Drangphase, die gerne lästige Kontrollmechanismen wie vorklinische oder gar klinische Phasen verkürzen oder ganz umgehen wollen. Anders als bei Aids werden hier aber nicht ausschließlich die Todkranken behandelt, sondern kerngesunde Menschen, die danach zu Tausenden zu chronisch schwerkranken Patienten werden oder gar versterben. Der Behandlungsfehler bei Corona ist also um ein vielfaches schlimmer als der Behandlungsfehler bei Aids.

VIREN SIND KEINE MONSTER, SONDERN EVOLUTIONSTREIBER

Und wir sehen, dass es offenbar ein gezielt durch die Medien gestreutes Missverständnis gibt. Viren sind keine Mördermaschinen, die Menschen und Tiere massenhaft töten. Die allermeisten Viren sind für uns harmlos. Ständig die Bevölkerung in Angst und Schrecken vor Viren zu versetzen, ist einfach verantwortungslos. Wir haben Tausende inaktive Bauplankopien von Viren in unserem Genom. Jeder von uns. Diese Viren wurden vor sehr langer Zeit einmal in das menschliche Genom eingeschmuggelt. Wir leben sehr gut mit diesen Viren und erkranken nur selten an ihnen.

Es ist außerdem anzunehmen, dass der zunächst gefährliche HIV für zukünftige Generationen weit weniger gefährlich sein wird, weil immer mehr Menschen eine natürliche Resistenz gegen den Virus entwickelt haben. Ein Hoch auf die Evolution und das natürliche Immunsystem.

Die Spritzen-Milliardäre von Biontech Uğur Sahin (li) und Özlem Türeci (re) testen ihre Gen-Bombe und sagen: »Sie ist sicher.« Collage: Sandjaja

POP POP



Campino sprach damals über die Schweinegrippe, so wie Maßnahmenkritiker heute über Corona reden. Was ist mit ihm passiert? Foto: gemeinfrei

Vor einem riesigen Publikum protestierte der Sänger Campino alias Andreas Frege mit den Worten: »Keine *fucking* Spritze in meinen Körper mit diesem Dreck!« Nein, der Frontmann der Rockband Die Toten Hosen hat nicht mit dem Querdenken angefangen, sondern vielmehr damit aufgehört. So aktuell wie das Zitat anmutet, so alt ist es. Im Jahr 2009, kurz nach der sogenannten Schweinegrippe-Pandemie verurteilte »der Punker« die Impf-Politik Merkels während eines Konzerts. Er sprach gar vom »größten Skandal seit dem Zweiten Weltkrieg«. Zehn Jahre später: völliger Sinneswandel! Die Toten Hosen haben wohl die Hosen voll und sprechen sich aktiv für die Impfung aus. (nir)



Auch die als »rebellisch« geltende Rentner-Band Die Ärzte unterstützt die totalitäre Pharma-Propaganda des Systemfunks. Foto: Promomaterial

DIE MITLÄUFER DES CORONA-REGIMES

Durch eine gemeinsame Impfkampagne unter dem verlogenen Hashtag #impfenschützt machen sich deutsche Musiker nun schamlos zum Erfüllungsgehilfen des Corona-Regimes. Sie tragen mit ihrem großen Einfluss nun aktiv Mitschuld an der unnötigen Gefährdung Hunderttausender Bürger. Die Demokratiebewegung wird diese profitgetriebene Verantwortungslosigkeit folgender Künstler und Bands nicht vergessen: Beatsteaks, Culcha Candela, Deichkind, Die Ärzte, Die Toten Hosen, Einstürzende Neubauten, Element of Crime, Howard Carpendale, Isolation Berlin, Jan Delay, Joris, Kettcar, Madsen, Max Herre, Milky Chance, Muff Potter, Peter Maffay, Roland Kaiser, Sarah Connor, Silbermond, Thees Uhlmann, Tocotronic, Trettmann, Weekend und Wolfgang Niedecken.

Wer seine Freiheit wirklich zurückerkämpfen will, geht keine *Deals* mit seinen Peinigern ein und setzt nicht leichtfertig die Gesundheit seiner Mitmenschen aufs Spiel, sondern kämpft für die Wiederherstellung des Grundgesetzes! (jsa)

DW-BESTSELLERLISTE

Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Schöne neue Welt 2030.
Vom Fall der Demokratie und dem Aufstieg einer totalitären Ordnung
Mies, Ulrich (Hg), Antonulas, Sophia-Maria
Promedia Verlag
ISBN: 978-3853714911



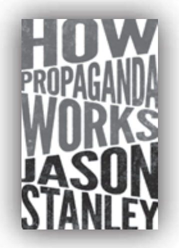
Der Große Reset.
Der Plan für die Welt nach Corona
Salman, Harrie

Edition Immanente Verlag
ISBN: 978-3-942754-68-2



Raus aus der Mitte!
Wie der Parteienkonsens unsere Demokratie untergräbt
Beppler-Spahl, Sabine

Novo Argumente Verlag
ISBN: 978-3944610856



How Propaganda Works.
Stanley, Jason

Princeton University Press
ISBN: 978-0691173429



Wer wenn nicht Bill?
Anleitung für unser Endspiel um die Zukunft
Böttcher, Sven
Rubikon
ISBN: 978-3-96789-016-7



Und die Freiheit?
Wie die Coronapolitik und der Missbrauch der Wissenschaft unsere Gesellschaft bedrohen
Lütge, Christoph
Riva Verlag
ISBN: 978-3742319098



Schwarzbuch Corona.
Die Erkenntnis des Corona-Ausschusses
Gellermann, Uli, Ganjalyan, Tamara (HwG.)
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-1-5



Die Schock-Strategie.
Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus
Klein, Naomi

Hoffmann und Campe Verlag
ISBN: 978-3455010770



Meine Pandemie mit Professor Drosten.
Vom Tod der Aufklärung unter Laborbedingungen
van Rossum, Walter
Rubikon
ISBN: 978-3-96789-014-3



Die Bewusstseins-Manager.
Medienindustrie der USA, Struktur und Einfluss
I. Schiller, Herbert

Carl Hanser Verlag
ISBN: 3446122656



Kinder haben unter dem Corona-Regime nichts zu lachen. *Foto: Filmcover. Eine andere Freiheit.*

»Eine andere Freiheit«

Filmkritik | Von Jill Sandjaja

Was macht ein Jugendlicher in der Pandemie-Gesellschaft durch? Kann und darf er sich überhaupt noch frei entfalten? Wie gehen die Erwachsenen mit ihren Schutzbefohlenen um? Nie war der Druck so groß, sich impfen zu lassen.

Der mit Spannung erwartete 75 minütige Dokumentarfilm »Eine andere Freiheit« von Patricia Josefine Marchart und Georg Sabransky ist nun *online* verfügbar. Der Film möchte auf die möglichen Risiken der Corona-Impfung für Kinder und Jugendliche aufmerksam machen und stellt gleichzeitig die bereits entstandenen Schäden an Kindern und Jugendlichen durch die Corona-Maßnahmen dar.

Die Schweinegrippe sei nur ein Vorläufer der jetzigen Pandemie gewesen, stellt der Schauspieler Til Schweiger im Interview fest. Er habe damals alle seine Kinder gegen die Schweinegrippe impfen lassen. Mit dem Ergebnis, dass seine Tochter an Narkolepsie erkrankt ist. Er bemerkt sichtlich betroffen: »Das kann ich mir eigentlich nicht verzeihen.«

Auch andere bekannte Kulturschaffende sowie Ärzte und Wissenschaftler werden zum Thema befragt. Dazwischen werden Bilder von depressiven oder heiter betrunkenen Jugendlichen gezeigt. Die streckenweise melancholische Machart ist Geschmackssache. Absolut sehenswert sind jedoch die Beiträge des Kinderarztes Dr. David Martin und der Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot.



SPORT MIT BERTHOLD

PHANTOMTORE

Der Sport soll ja als Vorbild für die Kinder dienen. Erwähnenswert wäre da jenes Phantomtor des Leverkuseners Arne Larsen Økland 1981 gegen den FC Bayern. Der Stürmer gab noch vor dem Anstoß zu, dass der Ball ins Aus gegangen war und nicht über die Torlinie. Für die Aktion erhielt er die *Fair-Play*-Plakette des Weltverbandes Fifa.

Øklands Verhalten war in der Tat eine ehrenwerte Geste und sie ist in die Geschichte eingegangen. Es gibt auch in dieser Zeit mutige Politiker, Richter, Anwälte, Polizisten, Ärzte, Journalisten und viele Menschen aus allen möglichen Bereichen, die mutig und entschlossen auftreten und sich nicht in Angst und Schrecken versetzen lassen.

Menschen die das Positive im Leben sehen und sich für die Freiheit einsetzen. Solche wünsche ich mir auch in den vielen Sportvereinen in Deutschland. Denn irgendwann muss man akzeptieren, dass wir unser Leben lang mit Viren und Bakterien leben müssen, aber mit einer gesunden und gelassenen Einstellung.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

FREIHEITLICHE DEMOKRATIE MUSS ENDLICH DAS LEBENSELEMENT UNSERER GESELLSCHAFT WERDEN.
GUSTAV HEINEMANN

samte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 62. Ausgabe ab Samstag, 18. September 2021. | Redaktionsschluss war am 16. September, 7:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi, Ronja Palmer (stv.) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Ressort International:** Ronja Palmer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Björn Gschwendtner, Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer, Gerda Thiele. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 63 erscheint am 25. September 2021.